



31a

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 7

Juli 1968

Grafik des Monats: Konjunkturverlauf in den Bundesländern

Aufsätze:

Volkseinkommen

Lehrerbedarf

Straßenverkehrsunfälle 1967

Verbraucherpreise im Bund

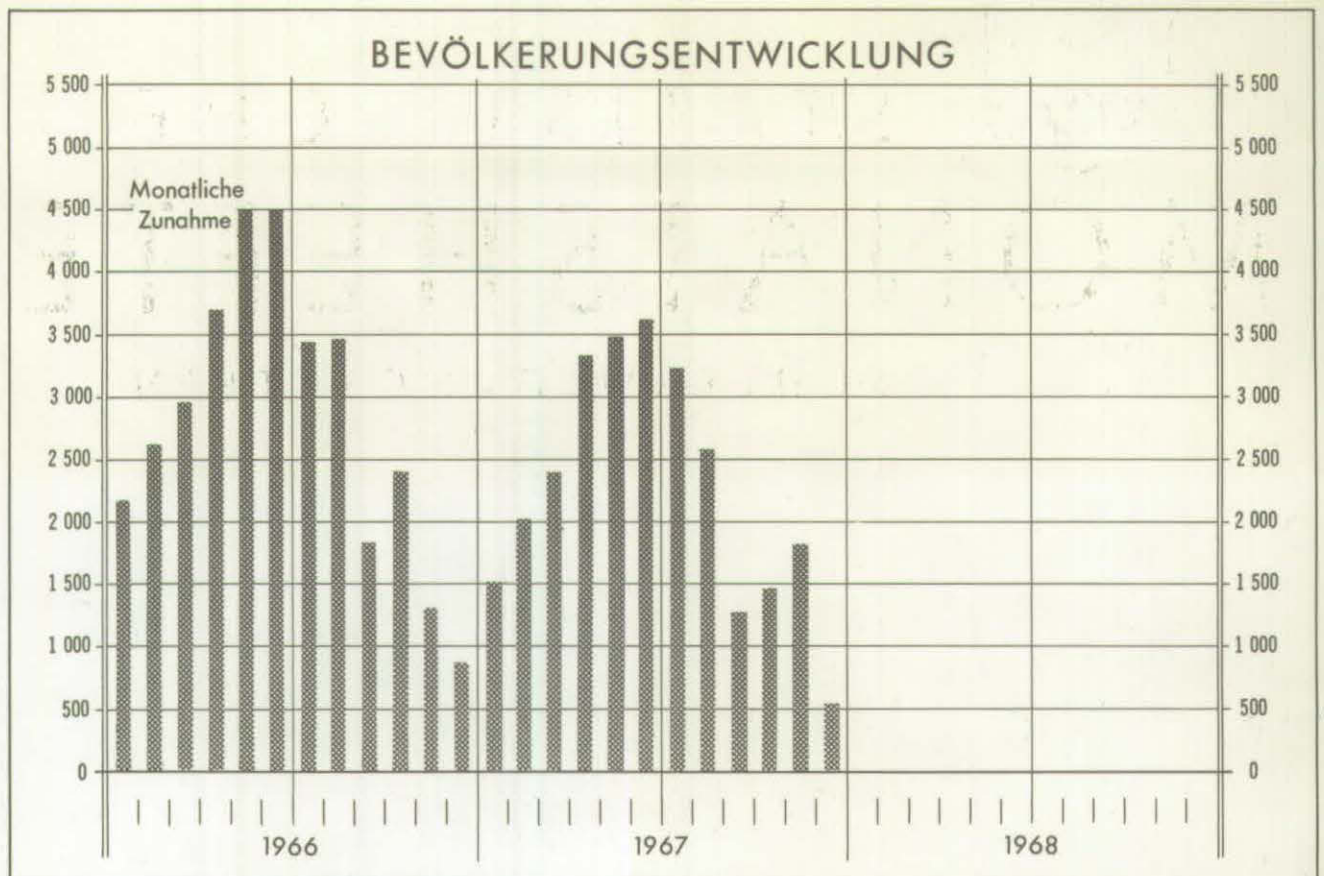
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

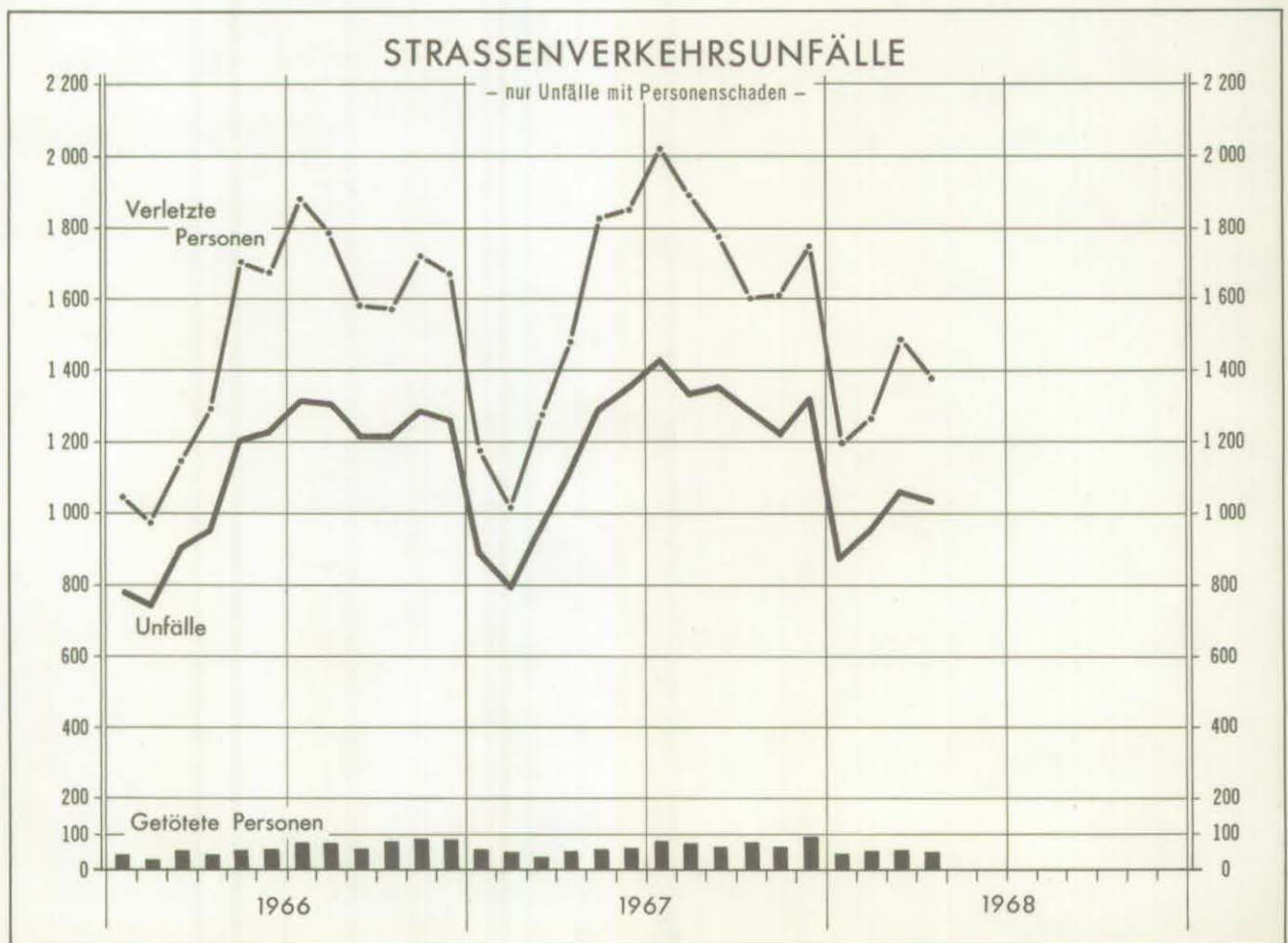


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D - 3913



INHALT 7/68

	Seite
Aktuelle Auslese	145
Aus dem Inhalt	146
Aufsätze	
Das Volkseinkommen und seine Verteilung in den Jahren 1960 bis 1965	147-153
Die Berechnung des Bedarfs an Lehrern — ein Spiel mit Zahlen?	154-159
Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1967	159-164
Die Entwicklung der Verbraucherpreise im Bundesgebiet von 1965 bis 1967	164-168
Grafik des Monats	156-157
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A — allgemein — 3. Umschlagseite	

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2/1968

Bruttoinlandsprodukt 1966
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)
Baumschulen
Steueraufkommen 1967
Gemüseanbau

Heft 3/1968

Volkshochschulen
Krankenhäuser 1966
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)
Fremdenverkehr 1967
Gemeindesteuern 1967
Umsätze in freien Berufen

Heft 4/1968

Wanderungen 1966
Anbau und Ernte 1967
Landeshaushalt 1966
Verbrauch in Arbeitnehmerfamilien

Heft 5/1968

Entwicklung der Schülerzahlen
Geflügelwirtschaft
Arbeitszeiten Industrie
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1)

Heft 6/1968

Investitionskraft der Gemeinden
Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2)
Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967
Kapitalgesellschaften 1965-1967



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 7

Juli 1968

Aktuelle Auslese



Gestiegenes Bruttoinlandsprodukt

Schleswig-Holstein gehörte, wie bereits 1966, auch 1967 mit Rheinland-Pfalz und Hamburg zu den Ländern, in denen die Wirtschaft verhältnismäßig wenig konjunkturrempfindlich reagierte. Das Bruttoinlandsprodukt stieg hier 1967 um 3,3 % und erreichte 17,3 Mrd. DM, das sind 6 947 DM je Einwohner. Im Bundesgebiet hat das Ergebnis nur um 0,6 % zugenommen. Nordrhein-Westfalen behielt seine wirtschaftliche Leistung unverändert bei. Das Saarland, Baden-Württemberg und Niedersachsen waren von der auch 1967 sich weiter abschwächenden Konjunktur besonders betroffen, dort sank das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 1966 sogar ab. Es handelt sich hierbei um erste vorläufige Ergebnisse, Berechnung in jeweiligen Preisen.



Erneut weniger landwirtschaftliche Betriebe

Anfang 1963 wurden in Schleswig-Holstein 43 900 landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche gezählt, das sind rd. 900 weniger als vor Jahresfrist. Am stärksten war die Abnahme mit fast 6 % wieder in der Größenklasse 10 – 15 ha. In den Größenklassen über 30 ha gab es Zunahmen um rd. 1 %.



Mehr Industriebeschäftigte als im Vorjahr

Sowohl Ende März als auch Ende April 1968 lag die Zahl der Industriebeschäftigten über den Vergleichszahlen des Vorjahres. Der sich darin abzeichnende Konjunktumschwung wird noch deutlicher sichtbar, wenn der Beschäftigtenzuwachs von Ende Dezember 1967 bis Ende April 1968 betrachtet wird: Die Zahl der Industriebeschäftigten nahm in diesen vier Monaten um rd. 2 600 zu.



Niedrigere Erzeugerpreise für Industrieprodukte

Der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte (Inlandsabsatz) betrug 1967 im Jahresdurchschnitt 104,9 (1962 = 100). Im ersten Quartal 1968 belief sich der Index ohne Mehrwertsteuer auf 99,7 und mit Mehrwertsteuer auf 109,0. Die Industrieerzeugnisse sind mithin für die Abnehmer, die das Recht auf Vorsteuerabzug haben, um 5,0 % billiger geworden.



1 000 Beschäftigte mehr im Bauhauptgewerbe

In einem Monat, von Ende März bis Ende April 1968, nahm die Zahl der im Bauhauptgewerbe beschäftigten Personen um mehr als 1 000 zu. Der entsprechende Vorjahresstand – Ende April 1967 – wurde damit um 2 % überschritten.



Rückgang im Fremdenverkehr

Im Winterhalbjahr 1967/68 (Oktober bis März) wurden in den schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsorten 435 000 Fremdenmeldungen und 1,44 Mill. Fremdenübernachtungen registriert. Gegenüber dem Winterhalbjahr 1966/67 ging die Zahl der Fremdenmeldungen um 5 %, die der Fremdenübernachtungen um 7 % zurück. Der Rückgang der Übernachtungen war sowohl in allen Gemeindegruppen als auch, mit Ausnahme des Dezembers, in allen Monaten des Winterhalbjahres festzustellen. Auch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Fremden ist leicht zurückgegangen; sie betrug 3,3 Tage gegenüber 3,4 Tage im Winterhalbjahr 1966/67.

Aus dem Inhalt

Volkseinkommen

Seite 147

Das Sozialprodukt wird unter 3 verschiedenen Aspekten dargestellt, nämlich nach seiner Entstehung, Verteilung und Verwendung. Für die einzelnen Bundesländer gab es bisher nur die erste Berechnung, das Bruttoinlandsprodukt, doch nunmehr liegt für die Jahre 1960 bis 1965 auch die Verteilungsrechnung, das Inländerprodukt, vor. Die Zusammenhänge zwischen Brutto- und Nettoinlandsprodukt veranschaulicht ein grafisches Schema, in dem die einzelnen Komponenten der Berechnung ihren Platz haben. Vom Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten führt die Saldierung mit Faktoreinkommen, die in beiden Richtungen über die Grenzen Schleswig-Holsteins gehen, zum Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, auch Volkseinkommen genannt. Dieses ist bei dem hohen Auspendlerüberschuß unseres Landes erheblich größer als das Nettoinlandsprodukt. Hauptgegenstand der Verteilungsrechnung ist die Aufteilung auf Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Untermehmertätigkeit und Vermögen. Dem sind nicht einfach die Personengruppen der Arbeitnehmer und Selbständigen gleichzusetzen. Wichtigste Kennzahl ist die Lohnquote, d. i. der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. Da sie das Produkt aus 2 Komponenten darstellt, wird ihre Entwicklung im Laufe der Zeit besser in Form sog. bereinigter Lohnquoten dargestellt, bei denen jeweils eine der beiden Komponenten durch Konstanthalten des Ausgangswertes der Zeitreihe konstant gehalten wird.

Lehrerbedarf

Seite 154

Wie viele Lehrer in künftigen Jahren benötigt werden, hängt selbstverständlich von der Entwicklung der Zahl der Schüler ab, ebenso sehr aber auch von den Vorstellungen darüber, für wieviel Kinder im Durchschnitt ein Lehrer zur Verfügung stehen soll. Bezüglich dieser Maßzahl "Schüler je Lehrer" gibt es verschiedene Vorstellungen darüber, was wünschenswert sei, und natürlich auch wirkliche Werte für die Gegenwart. Wenn eine Lehrerbedarfsrechnung mehr sein soll als ein Spiel mit Zahlen, dann müssen ihre Komponenten genau bezeichnet werden: die Schulart, die Abgrenzung der einbezogenen Schulen (etwa nur staatliche oder auch kommunale), die Definition des Lehrers (hauptamtlich, nebenamtlich, -beruflich), die zugrunde gelegte vorausgeschätzte Schülerzahl (in der wiederum verschiedene Prämissen stecken), die angestrebte Relation "Schüler je Lehrer". Die Ständige Konferenz der Kultusminister hat 1963 zum letzten Punkt Richtwerte veröffentlicht, mit denen hier gerechnet wird, nachdem zuvor die tatsächlichen Werte für die drei allgemeinbildenden Schularten und die Jahre 1960 - 67 aufgezeigt wurden. Nach diesen Richtwerten fehlten im Herbst 1967 bereits an allen drei Schularten zusammen mehrere tausend Lehrer. Schließlich wird für jedes fünfte Jahr bis 1980 die unter drei verschiedenen Voraussetzungen benötigte Lehrerzahl angegeben.

Straßenverkehrsunfälle 1967

Seite 159

Die bislang beobachtete Entwicklung zum Schlimmeren hat sich 1967 fortgesetzt. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stieg auf 14 300, die der Getöteten auf 742, der Schwerverletzten auf 6 560, der Leichtverletzten auf 12 700. Zur näheren Untersuchung der Entwicklung wird das Geschehen im ganzen Bundesgebiet betrachtet und, wie üblich, nach dem Ort des Unfalls getrennt. Die Kurven der Unfälle innerorts und außerorts (von einem linearen Trend bereinigt), als Meßziffern ausgedrückt, zeigen große Übereinstimmung miteinander, aber auch einen Unterschied: größere Abweichungen vom Mittelwert innerorts. Hieraus ergeben sich Hinweise auf Faktoren, die die Entwicklung bestimmen, doch konnten sie noch nicht isoliert werden. Die Entwicklung der Zahl der Verunglückten steht in einem durch den Faktor "Schwere der Unfälle" bedingten Zusammenhang mit der der Unfälle. Die Schwere der Unfälle und auch die Schwere der Personenschäden verändert sich nur langsam und stetig. Hier wirkt die sich ändernde Zusammensetzung der Unfallbeteiligten nach Fußgängern, Zweirädern und Autos, die sowohl die Anzahl der je Unfall Beteiligten (Schwere der Unfälle) als auch ihre Verletzbarkeit (Schwere der Personenschäden) beeinflußt. Da die Zahl der Autos zu Lasten der der Fußgänger und Zweiräder zunimmt, steigen insoweit auch diese beiden Bezugswerte.

Verbraucherpreise im Bund

Seite 164

Als Anhaltspunkt für die Entwicklung der Verbraucherpreise kann man den Preisindex für die Lebenshaltung nehmen. Dieser erhöhte sich in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern nicht sonderlich stark, wenn auch von 1954 - 1966 um ein Drittel. Zwischen den Verbraucherpreisen, dem Nominal- und dem Realeinkommen besteht ein bestimmter Zusammenhang. Der Anstieg des Preisindex zwischen 1962 und 1966 beruht zu gut einem Fünftel auf den kräftigen Mieterhöhungen. Er verlangsamte sich während der wirtschaftlichen Flaute ab Sommer 1966, unterstützt durch eine gute Ernte und trotz weiterhin steigender Mieten. Den Ausschlag für die Bewegung des Preisindex gibt wegen ihres großen Gewichts (43 %) die Hauptgruppe "Nahrungs- und Genussmittel". Deren Index ist von 1966 auf 1967 jedoch gleichgeblieben. Nach den Mieten sind in den letzten drei Jahren auch die Preise der Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege beachtlich angestiegen, ferner die für Dinge der "persönlichen Ausstattung und sonstigen Güter". In den übrigen Hauptgruppen gab es nur geringere Anstiege, wobei man bedenken muß, daß das Bild in einzelnen Gütergruppen, die zu Hauptgruppen zusammengefaßt sind, anders aussehen kann.

Das Volkseinkommen und seine Verteilung in den Jahren 1960 bis 1965

Das Sozialprodukt als Inbegriff aller wirtschaftlichen Aktivität wird unter drei verschiedenen Aspekten dargestellt und analysiert. Es sind dies:

1. Die Entstehungsrechnung, mit dem Nachweis der Entstehung des Inlandsprodukts in den Bereichen der Wirtschaft.
2. Die Verteilungsrechnung, in der die Verteilung des im Zuge der Produktion geschaffenen Volkseinkommens dargestellt wird, durch das die Produktionsfaktoren entlohnt werden (einschließlich der Einkommensumverteilung).
3. Die Verwendungsrechnung, die die Verwendung der Einkommen für Konsum, Investition und Transaktionen mit dem Ausland zum Gegenstand hat.

Dabei ist das Objekt der Darstellung in allen drei Fällen dasselbe, lediglich die Betrachtungsweise ist dem jeweiligen Zweck gemäß eine andere. Jede Darstellungsform hat einen eigenen Aussagewert und ermöglicht spezielle Analysen, so daß letztlich nur die Darstellung sowohl der Entstehung wie auch der Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts ausreichende Informationen als Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen geben kann. Eine solche "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" existiert für die gesamte Bundesrepublik, aber nicht für einzelne Bundesländer, für die bisher lediglich die Entstehung des Inlandsprodukts nachgewiesen werden konnte. Diese Lücke in der statistischen Information konnte nunmehr vor kurzem zu einem Teil geschlossen werden, nachdem die umfangreichen und sich über mehrere Jahre erstreckenden Arbeiten an der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens im Rahmen des Arbeitskreises für Sozialproduktberechnungen der Länder abgeschlossen sind.

Zum besseren Verständnis der folgenden Ausführungen sei der Zusammenhang zwischen den bereits bisher an dieser Stelle veröffentlichten Ergebnissen des länderweisen Inlandsprodukts und der jetzt für die Jahre 1960-1965 erstellten Verteilungsrechnung dargestellt.

Bei den Ergebnissen des Inlandsprodukts handelt es sich um den Nachweis der Größe und Struktur der innerhalb der Grenzen eines Bundeslandes im Laufe eines Jahres erwirtschafteten Leistung. Beim Inlandsprodukt wird also regional abgegrenzt: Es ist nicht relevant, ob die im Inlande erzeugte Leistung von "Inländern"¹ oder von "Ausländern"¹ erbracht wurde. Kriterium der Abgrenzung ist lediglich der Ort der Produktion; das Inlandsprodukt ist demzufolge ein geeigneter Maßstab für die Wirtschaftskraft einer Region.

Beim Volkseinkommen im Rahmen der Verteilungsrechnung hingegen wird gerade nicht auf die im Inlande erbrachte Leistung abgestellt, sondern auf die von Inländern - gleichgültig, ob innerhalb oder außerhalb der Grenzen eines Landes - durch Beteiligung am Produktionsprozeß erworbenen Einkommen. Das Volkseinkommen kann deshalb im Gegensatz zum Inlandsprodukt auch als "Inländer"-produkt bezeichnet werden und stellt die Summe aller Entgelte für zur Verfügung gestellte Produktionsfaktoren dar, die von Inländern im In- oder Ausland in Form von Arbeit, Kapital oder Unternehmerleistung eingesetzt wurden.

Wird die Summe aus wirtschaftlichem Umsatz, Bestandsveränderungen und selbsterstellten Anlagen (4a-c) um den Materialverbrauch und andere Vorleistungen (3a + b) gekürzt, so ergibt sich der Beitrag eines Wirtschaftsbereichs zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (1).

1 Brutto- inlandsprodukt zu Marktpreisen	Beitrag zum		3a	Materialverbrauch (Roh-, Hilfs- und Betriebs- stoffe einschl. Handelsware)	4a	Wirtschaftlicher Umsatz
			3b	Andere Vorleistungen		
			3c	Abschreibungen		
			3d	Indirekte Steuern (abzüglich Subventionen)		
			3e	Löhne, Gehälter, Sozialversicherungsbeiträge	4b	Bestandsveränderung an eigenen Erzeugnissen (Halb- und Fertigfabrikate)
			3f	Zinsen, Nettomieten und Pachten		
2 Netto- inlandsprodukt zu Faktorkosten			3g	Gewinne	4c	Selbsterstellte Anlagen

1) Als Inländer gelten im folgenden nur Personen und Institutionen mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein, als Inland ist also nur Schleswig-Holstein anzusehen

Werden davon noch die Abschreibungen und der Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen (3c, d) abgesetzt, verbleibt der Beitrag zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (2), der identisch ist mit der Summe aller in diesem Bereich entstandenen Einkommen. Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten ergibt sich als Summe der Beiträge aller Bereiche und entspricht der Summe aller im Inland entstandenen Einkommen. Im Rahmen der Entstehungsrechnung fiel diese Größe bereits an und wurde laufend an dieser Stelle veröffentlicht.

Dieses Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten ist allerdings normalerweise nicht identisch mit der Summe aller den Inländern zugeflossenen Einkommen, dem Volkseinkommen, weil einerseits nicht alle im Inland - hier in Schleswig-Holstein - entstandenen Einkommen auch von Einwohnern unseres Bundeslandes verdient wurden und andererseits Schleswig-Holsteinern Einkommen zufließen, die nicht in Schleswig-Holstein entstanden sind. So sind z. B. Einkommen, die nicht zur Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins gehörende Ausländer als Äquivalent für ihre eigene Arbeitsleistung oder für die Überlassung von Vermögensgegenständen innerhalb der Grenzen Schleswig-Holsteins verdienen, wohl Bestandteile des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten, nicht jedoch des Volkseinkommens. Auf der anderen Seite gehören die überwiegend in Hamburg erzielten Arbeitseinkommen schleswig-holsteinischer Auspendler sowie Dividenden, die Schleswig-Holsteinern zufließen, weil sie z. B. an Unternehmen außerhalb Schleswig-Holsteins beteiligt sind, wohl zum Volkseinkommen, sie sind jedoch nicht im Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten enthalten. Es gilt folgende Beziehung zwischen Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (im Inland entstandenes Einkommen) und Volkseinkommen (den Inländern zugeflossenes Einkommen):

$$\begin{array}{l} \text{Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten} \\ + \text{ Faktoreinkommen von der "übrigen Welt" }^2 \\ - \quad \quad \quad \text{an die "übrige Welt" }^2 \\ \hline = \text{Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten)} \end{array}$$

Die Differenz zwischen Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten und Volkseinkommen, die in der Terminologie des Statistischen Bundesamtes als "Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt" bezeichnet wird, spielt für Schleswig-Holstein eine ganz wesentliche Rolle. Zum großen Teil durch den hohen Auspendlerüberschuß bedingt, war 1965 das den Inländern zufließende Einkommen mit 12,7 Milliarden DM immerhin um fast 7% größer als das im Inland entstandene Nettoinlandsprodukt zu

Faktorkosten (11,9 Milliarden DM). Welche Bedeutung dieser Sachverhalt für regionale Vergleiche zwischen den Bundesländern auf der Basis von Sozialproduktszahlen je Einwohner hat, zeigt die folgende Tabelle für 1965:

Länder	Brutto- inlands- produkt zu Markt- preisen je Einw.	Netto- inlands- produkt zu Faktor- kosten je Einw.	Volks- ein- kommen je Einw.	Volks- ein- kommen je Erwerbs- tätigen
	Bundesgebiet = 100			
Schleswig-Holstein	83,3	84,4	90,5	96,9
Hamburg	170,7	160,8	137,0	128,4
Niedersachsen	87,0	88,5	89,5	94,5
Bremen	127,6	127,2	109,0	114,6
Nordrhein-Westfalen	105,4	103,5	103,4	107,8
Hessen	104,1	105,1	104,2	101,7
Rheinland-Pfalz	79,0	79,4	87,5	89,4
Baden-Württemberg	104,2	106,4	107,1	99,8
Bayern	91,2	93,0	94,1	89,2
Saarland	84,9	89,0	83,6	100,7
Berlin (West)	104,7	100,6	101,8	97,9

Die Problematik, aus den in der Tabelle enthaltenen Zahlen Aussagen über das Wohlstandsgefälle oder die unterschiedliche Einkommenslage der Bevölkerung in den Bundesländern ableiten zu wollen, ist bereits an anderer Stelle ausführlich diskutiert worden.³ Für die Beurteilung der relativen Einkommenssituation der Bevölkerung ist sicherlich nicht so sehr von Belang, wie hoch das im Inlande entstandene Einkommen je Einwohner ausfällt (Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten), sondern wieviel Löhne und Gehälter, Mieten, Pachten, Zinsen und Gewinne den Inländern letztlich zufließen (Volkseinkommen). Berücksichtigt werden muß jedoch in jedem Falle, daß in die in der Tabelle enthaltenen Zahlen keine Transfereinkommen wie Renten und Pensionen einbezogen sind, die im Verhältnis zu den aus der Beteiligung am Produktionsprozeß fließenden Einkommen regional durchaus verschieden groß sind. Außerdem ist die Aussagekraft der durch die Berechnung "je Einwohner" gebildeten Durchschnitte zur Beurteilung der Unterschiede in der Einkommenslage der Bevölkerung solange gering, wie keine ausreichenden Unterlagen über die Schichtung der Einkommen vorliegen.

Die Abweichungen zwischen den letzten beiden Spalten der Tabelle spiegeln die länderspezifische recht unterschiedlichen Erwerbstätigenquoten wider. So kommt in Schleswig-Holstein das Volkseinkommen je Erwerbstätigen mit 96,9 dem Bundesdurchschnitt von 100 recht nahe, während das Volkseinkommen je Einwohner - bedingt durch die unter dem Bundesdurch-

2) übrige Welt = außerhalb Schleswig-Holsteins

3) Stat. Monatsh. S.-H., 1967, S. 103 (Mai)

schnitt liegende Erwerbstätigenquote - mit 90,5 recht deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleibt. Gerade umgekehrt liegen die Verhältnisse in Hamburg: Hier führt die beachtlich über dem Bundesdurchschnitt liegende Erwerbstätigenquote des Stadtstaates dazu, daß das Volkseinkommen je Einwohner im Vergleich zum Bund deutlich höher ausfällt als das Volkseinkommen je Erwerbstätigen.

Nach diesen allgemeinen Darlegungen nun zum eigentlichen Gegenstand der Verteilungsrechnung, der Darstellung der Aufteilung des Volkseinkommens auf seine Hauptkomponenten:

1. Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
2. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschließlich unverteilte Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit).

Es handelt sich also um eine Aufteilung des gesamten Volkseinkommens nach zwei Einkommensarten, wobei im Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit außer Lohnsteuer, Kirchensteuer und den Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung auch die Arbeitgeberbeiträge und Beiträge zu öffentlichen Zusatzversorgungskassen enthalten sind. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen setzen sich zusammen aus den eigentlichen Unternehmergewinnen, Einkommen aus selbständiger Arbeit, aus Kapitalverzinsung und Einkommen aus Vermietung und Verpachtung einschließlich der Nutzung von Eigenheimen. Diese sogenannte "funktionale" Einkommensverteilung (Verteilung nach Einkommensarten) ist scharf zu unterscheiden von der personellen Einkommensverteilung, die das Volkseinkommen nach Empfängergruppen aufschlüsselt. In den folgenden Ausführungen kann das Einkommen nicht eindeutig nach Empfängergruppen wie Arbeitnehmern und Selbständigen aufgeteilt werden, weil

das vorhandene statistische Material eine solche Zurechnung nicht erlaubt. Wohl können die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit eindeutig den Arbeitnehmern zugerechnet werden, nicht aber die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ebenso eindeutig den Selbständigen. Abgesehen von den Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind in dieser Einkommenskategorie wesentliche Bestandteile enthalten, die Arbeitnehmern zufließen. Zu denken ist vor allem an Einkommen, die Arbeitnehmern aus der Nutzung von in ihrem Eigentum befindlichen Eigenheimen und Mietwohnungen, aus der Verzinsung von Kapital und aus der Bewirtschaftung von Grund und Boden im Rahmen des landwirtschaftlichen Nebenerwerbs zufließen. Diese sehr wesentliche Tatsache muß im folgenden stets im Auge behalten werden; von einer Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung kann nicht unbedingt auf eine entsprechend veränderte Einkommensrelation zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen geschlossen werden.

Für das Jahr 1961 kann das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen weiter unterteilt werden in Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einschließlich unverteilter Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und zum anderen Einkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Für die übrigen Jahre ist dies nicht möglich, weil das vorhandene statistische Material dafür nicht genügend gesichert erscheint. In Anbetracht des geringen Gewichts des Staatsanteils am Volkseinkommen sollte der Informationsverlust für die übrigen Jahre jedoch nicht überschätzt werden. Dieser Anteil betrug 1961 in Schleswig-Holstein ganze 1,3% und dürfte sich bis 1965 kaum wesentlich verändert haben.

Das Volkseinkommen in den Ländern 1965

Land	Insgesamt			Aus unselbständiger Arbeit			Aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			Je Einwohner	
	Mill. DM	% des Bundes	1960 = 100	Mill. DM	% von Sp. 1	1960 = 100	Mill. DM	% von Sp. 1	1960 = 100	DM	1960 = 100
Schleswig-Holstein	12 725	3,7	152,4	7 779	61,7	158,8	4 946	38,9	143,2	5 252	144,3
Hamburg	14 767	4,3	141,8	9 172	62,1	151,1	5 595	37,9	128,7	7 952	139,2
Niedersachsen	35 807	10,5	147,8	22 784	63,6	160,6	13 022	36,4	129,8	5 195	141,3
Bremen	4 672	1,4	138,6	3 291	70,4	153,2	1 381	29,6	112,9	6 331	130,6
Nordrhein-Westfalen	100 052	29,2	143,1	69 614	69,5	156,8	30 439	30,5	119,2	6 005	134,8
Hessen	31 079	9,1	156,1	20 264	65,2	167,2	10 814	34,8	138,8	6 050	143,7
Rheinland-Pfalz	18 127	5,3	150,9	11 972	66,0	165,8	6 155	34,0	128,4	5 081	143,0
Baden-Württemberg	52 007	15,2	156,0	33 458	64,3	171,9	18 550	35,7	133,7	6 221	141,6
Bayern	54 916	16,0	155,2	34 249	62,4	168,5	20 668	37,6	137,2	5 463	144,9
Saarland	5 453	1,6	138,3	4 133	75,8	135,8	1 320	24,2	146,9	4 854	129,4
Berlin (West)	13 005	3,8	146,0	9 125	70,2	154,9	3 880	29,8	128,6	5 910	145,9
Bundesgebiet	342 610	100	149,1	225 840	65,9	161,6	116 770	34,1	129,7	5 806	140,0

Der Zuwachs des Volkseinkommens insgesamt war in Schleswig-Holstein mit 52,4% gegenüber 1960 stärker als im Bundesdurchschnitt (49,1%). Diese Entwicklung ließ den Anteil Schleswig-Holsteins am Volkseinkommen des Bundes von 3,6% im Jahre 1960 auf 3,7% 1965 ansteigen. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit hatten während dieses Zeitraumes mit einer Zunahme von 58,8% ein stärkeres Wachstum zu verzeichnen als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (+ 43,2%). Diese Entwicklung läßt sich auch für das Bundesgebiet nachweisen, nur divergierte hier das Wachstumstempo der beiden Einkommensarten noch stärker: Mit einem Zuwachs von nur 30% gegenüber 1960 blieb hier das Wachstum der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen noch wesentlich deutlicher hinter dem aus unselbständiger Arbeit zurück (+ 61,6%).

Mit Ausnahme von Berlin (West), wo sich die Bevölkerungszahl 1965 nicht wesentlich von der des Jahres 1960 unterschied, erreichte in den anderen Bundesländern das Volkseinkommen je Einwohner infolge ständig steigender Bevölkerungszahlen auch nicht annähernd die Zuwachsraten des Volkseinkommens absolut. Mit einer Steigerung des Volkseinkommens je Einwohner um 44,3% konnte Schleswig-Holstein in der Zeit von 1960-1965 seine Position gegenüber dem Bundesdurchschnitt zwar relativ verbessern, der Abstand im Niveau ist mit gut 550 DM je Einwohner jedoch nach wie vor beträchtlich. Aus den letzten beiden Spalten der Länder-tabelle ging bereits hervor, daß hierauf die in Schleswig-Holstein stark unter dem Bundesdurchschnitt liegende Erwerbstätigenquote einen wesentlichen Einfluß hat.

Auffällig ist die breite Streuung der Anteile aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen in den Bundesländern. Während im Saarland die Einkommen aus unselbständiger Arbeit mit fast 76% am Volkseinkommen beteiligt sind, hat diese Einkommenskategorie in Schleswig-Holstein mit gut 61% den geringsten Anteil aller Bundesländer. Das Korrelat für diese Zahlen findet sich im Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, der bei Schleswig-Holstein mit fast 39% an der Spitze aller Bundesländer liegt.

Diese Unterschiede lassen sich durch die teilweise stark voneinander abweichende wirtschaftliche Struktur in den Bundesländern erklären. Dabei ist es allerdings - wegen des Saldos der Erwerbs- und Vermögens-einkommen - nicht möglich, das Volkseinkommen und das den Inländern zugeflossene Einkommen aus unselbständiger Arbeit auf

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit¹ 1965
in % des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten
in den Wirtschaftsbereichen

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Land- und Forstwirtschaft	20,3	17,3
Warenproduzierendes Gewerbe	66,7	73,8
Handel und Verkehr	59,1	58,7
Übrige Dienstleistungen (einschließlich Staat)	69,2	63,6
Alle Bereiche	60,0	65,4

1) im Inland entstanden

inländische Wirtschaftsbereiche umzulegen. Es muß deshalb für diese Überlegungen der Anteil des in einem Wirtschaftsbereich im Inland entstandenen Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Beitrag dieses Bereichs zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten zugrunde gelegt werden.

Die Tabelle zeigt die im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein bestehende Relation zwischen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten. Diese Quoten weichen aus den bereits erläuterten Gründen geringfügig von den Lohnquoten in der vorigen Tabelle ab; dadurch wird jedoch nicht die grundsätzliche Gültigkeit der folgenden Argumentation beeinträchtigt, die unterschiedliche Lohnquoten mit strukturellen Unterschieden erklärt.

Die mit Abstand geringste Bedeutung haben die Einkommen aus unselbständiger Arbeit in der Landwirtschaft, während sie im warenproduzierenden Gewerbe mit fast 74% im Bundesgebiet ihr Maximum erreichen. Auffällig ist, daß sich in Schleswig-Holstein nicht - wie im Bundesdurchschnitt - im warenproduzierenden Gewerbe die größte Lohnintensität findet, sondern in den übrigen Dienstleistungen. Die Quote in der gesamten Wirtschaft ergibt sich als gewogenes arithmetisches Mittel der Quoten in den einzelnen Bereichen. Dabei dient als "Gewicht" der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum gesamten Nettoinlandsprodukt zu Faktor-

Beiträge der Wirtschaftsbereiche 1965
zum Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten in %
(Strukturgewichte)

	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Land- und Forstwirtschaft	13,1	5,2
Warenproduzierendes Gewerbe	40,7	50,7
Handel und Verkehr	17,5	18,1
Übrige Dienstleistungen (einschließlich Staat)	28,6	26,0
Alle Bereiche	100	100

kosten. So hat die im Vergleich zu den übrigen Bereichen recht geringe Lohnintensität in der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein einen wesentlich stärkeren Einfluß auf die Gesamtquote als im Bundesgebiet, weil das "Gewicht" dieses Bereichs mit 13,1% in Schleswig-Holstein erheblich größer ist als im Bund (5,2%). In der gleichen Richtung (auf eine in Schleswig-Holstein geringere Gesamtquote) wirkt sich die hier im Verhältnis zum Bund geringere Bedeutung des warenproduzierenden Gewerbes aus.

Abschließend soll noch die Entwicklung der Lohnquote, die lange Zeit im Mittelpunkt der Diskussionen um eine "gerechte" Einkommensverteilung stand, näher betrachtet werden.

Für den Zeitraum 1960-1965 ist nachstehend für das Bundesgebiet wie für Schleswig-Holstein der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen dargestellt.

Die ersten beiden Spalten der Tabelle bringen gegenüber den bisherigen Ausführungen keine neue Information: Das unterschiedliche Niveau in den Lohnquoten des Bundes und Schleswig-Holsteins wurde bereits aus der unterschiedlichen wirtschaftlichen Struktur erklärt und die im Vergleich zum Volkseinkommen höheren Wachstumsraten des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit, die sich in einer Erhöhung der Lohnquote niederschlagen, sind bereits der Ländertabelle zu entnehmen.

Jahr	Tatsächliche Lohnquote		Bereinigte Lohnquote durch konstant gehaltenen Anteil (1960)			
			der Abhängigen an den Erwerbstätigen		des Einkommens aus unselbständiger Arbeit je abhängig Erwerbstätigen am Volkseinkommen je Erwerbstätigen	
	Bund	Schleswig-Holstein	Bund	Schleswig-Holstein	Bund	Schleswig-Holstein
1960	60,8	58,7	60,8	58,7	60,8	58,7
1961	62,5	59,4	62,4	60,0	60,9	58,0
1962	63,9	60,0	62,7	59,9	62,0	58,8
1963	64,5	59,8	63,0	59,3	62,3	59,2
1964	64,6	60,5	62,8	59,4	62,5	59,7
1965	65,9	61,1	63,8	59,7	62,8	60,0

Für eine Aussage über eine Verbesserung der Einkommenssituation eines abhängig Beschäftigten sind die in den ersten beiden Spalten dargestellten einfachen Lohnquoten allerdings solange wenig geeignet, wie nicht gezeigt wird, ob die Lohnquote gestiegen ist, weil sich das Durchschnittseinkommen aus unselbständiger Arbeit günstiger entwickelt hat als das Volkseinkommen je Erwerbstätigen, oder weil sich lediglich der Anteil der Abhängigen an allen Erwerbstätigen erhöht hat.

Die Lohnquote ist abhängig sowohl von der Erwerbstätigenstruktur als auch von der Einkommensrelation; sie läßt sich geradezu schreiben als Produkt aus Erwerbstätigenstruktur und Einkommensrelation. So ergibt sich die Lohnquote 1965 in Schleswig-Holstein in Höhe von 61,1 durch Multiplikation der Einkommensrelation (0,763) mit der Erwerbstätigenstruktur (0,801) mal 100. Die Veränderung der Lohnquote ist somit das Ergebnis der Veränderung beider Faktoren, die in der Realität beide gleichzeitig wirken.

Wird nun rechnerisch die Erwerbstätigenstruktur des Basisjahres (hier 1960) in den folgenden Jahren konstant gehalten, so kann der isolierte Einfluß der sich ändernden

Einkommensrelation in einer so "bereinigten" Lohnquote sichtbar gemacht werden. Das Ergebnis zeigen die mittleren Spalten der Tabelle. Die andere Möglichkeit ist, die Einkommensrelation des Jahres 1960 in den folgenden Jahren rechnerisch konstant zu halten, womit die so bereinigte Lohnquote dann nur noch von den Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur abhängt. Dies zeigen die letzten beiden Spalten der Tabelle.

In dem betrachteten Zeitraum sind beide Einflüsse wirksam gewesen. Während sich die hinsichtlich der Erwerbstätigenstruktur bereinigte Lohnquote, in der also nur die Veränderung der Einkommensrelation wirksam bleibt, im Bundesgebiet von 60,8 (in Schleswig-Holstein 58,7) auf 63,8 (59,7) erhöht hätte, ist die tatsächliche Lohnquote auf 65,9 (61,1) merklich stärker gestiegen. Die Erklärung der Differenz findet sich in den beiden rechten Spalten: Allein auf Grund eines 1965 höheren Anteils der Abhängigen an allen Erwerbstätigen wäre die Lohnquote im Bundesgebiet von 60,8 auf 62,8 und in Schleswig-Holstein von 58,7 auf 60,0 gestiegen. In diesen Relationen spiegeln sich die aus der Ländertabelle wider: Die Einkommensrelation hat sich im Bund stärker zugunsten der

Einkommen aus unselbständiger Arbeit verändert als in Schleswig-Holstein. Das Wachstum der Einkommen aus unselbständiger Arbeit war stärker als in Schleswig-Holstein (siehe Ländertabelle: 61,6 zu 58,8) und das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen entwickelte sich wesentlich ungünstiger als in Schleswig-Holstein (29,7 zu 43,2). Dies führte dazu, daß der isolierte Einfluß der Einkommensrelation auf die - hinsichtlich der Erwerbstätigenstruktur bereinigte - Lohnquote im Bund (3 Punkte mehr) wesentlich stärker war als in Schleswig-Holstein (1 Punkt mehr).

Wie bereits ausgeführt, wirkten sich während der Jahre 1960-1965 beide Determinanten der Lohnquote (Einkommensrelation und Struktur der Erwerbstätigen) in Richtung auf eine steigende gesamtwirtschaftliche Lohnquote aus. Dies gilt allerdings nicht für jedes einzelne Jahr. So hat z. B. 1963 in Schleswig-Holstein das relative Absinken des Durchschnittseinkommens aus unselbständiger Arbeit auf eine gegenüber 1962 sinkende Lohnquote hingewirkt, die durch eine in die entgegengesetzte Richtung wirkende Änderung der Struktur der Erwerbstätigen nicht voll kompensiert wurde.

Ein Beispiel dafür, daß die tatsächliche Lohnquote durch einen steigenden Anteil der Abhängigen steigen kann, obwohl die Durchschnittseinkommen aus unselbständiger Arbeit sich ungünstiger entwickeln als das gesamte Volkseinkommen je Erwerbstätigen, bietet die Entwicklung im Bundesgebiet von 1963 auf 1964. Trotz einer ungünstigen Entwicklung der Einkommensrelation (die hinsichtlich der Erwerbstätigenstruktur bereinigte Lohnquote liegt mit 62,8 unter den 63,0 des Jahres 1963), ist die tatsächliche Lohnquote von 64,5 auf 64,6 gestiegen. Dies ist ausschließlich eine Folge des gestiegenen Anteils der Abhängigen an den Erwerbstätigen (die hinsichtlich der Einkommensrelation bereinigte Lohnquote stieg von 62,3 auf 62,5).

Von einer Erhöhung der tatsächlichen Lohnquote kann also nicht auf ein relativ zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen verbessertes Durchschnittseinkommen aus unselbständiger Arbeit geschlossen werden; dieser Schluß ist jedoch mit Hilfe der hinsichtlich der Erwerbstätigenstruktur bereinigten Lohnquote möglich (mittlere Spalten der Tabelle). Dies ist der Grund dafür, daß heute diese von dem Einfluß einer veränderten Beschäftigtenstruktur bereinigte Lohnquote zum Gegenstand der Einkommensverteilungsdiskussion gemacht wird, wenn in diesem Zusammenhange überhaupt noch auf die Lohnquote zurückgegriffen wird. Auch die genannte bereinigte Lohnquote

hat nämlich für verteilungspolitische Erwägungen einen entscheidenden Nachteil: Sie spiegelt lediglich die relative Entwicklung der Durchschnittseinkommen aus unselbständiger Arbeit wider. Diese Lohnquote steigt im Extremfall auch bei sinkendem Durchschnittseinkommen aus unselbständiger Arbeit, wenn nur das Volkseinkommen je Erwerbstätigen noch stärker zurückgeht. Eine solche "Verbesserung" der Situation der Arbeitnehmer kann aber kaum im Interesse einer vernünftigen Lohnpolitik liegen. "Das wirkliche Interesse aller Beteiligten kann nur darauf gerichtet sein, daß die Realeinkommen wachsen."⁴

Inzwischen hat die wenig sinnvolle "Quotendebatte" in der Einkommensverteilungsdiskussion der Frage nach einer "gerechten" Verteilung des Produktivitätszuwachses Platz gemacht. Die Löhne sollen im Sinne der kostenniveauneutralen Lohnpolitik mit dem (verteilbaren) Produktivitätsfortschritt wachsen. Wird dabei der verteilungspolitischen Zielsetzung Priorität eingeräumt, so werden die Reallöhne angepaßt; wird dem Ziel der Preisstabilität Vorrang gegeben, so wird mit einer Anpassung der Nominallohne argumentiert. Beide Standpunkte wurden vertreten: der Sachverständigenrat hat sich mehrfach deutlich für eine Anpassung der Reallöhne ausgesprochen. In diesem Falle sollen die Reallöhne mit der gleichen Rate wie die Produktivität steigen, und die tatsächliche Lohnquote steigt genau so wie der Anteil der Abhängigen an den insgesamt Erwerbstätigen; die hinsichtlich der Erwerbstätigenstruktur bereinigte Lohnquote wird stabilisiert, die Einkommensrelation - von der ökonomisch nicht entschieden werden kann, ob sie gerecht ist oder nicht - bleibt konstant. Ganz im Sinne der "konzertierten Aktion" wird vermieden, daß ausschließlich die Gruppe der Lohnempfänger die "Zeche" der Preissteigerung zahlt. Letzteres wäre nämlich der Fall, wenn lediglich die Nominallohne dem Produktivitätsfortschritt angepaßt würden, wie es im Gutachten der Deutschen Bundesbank (1964) vorgesehen war, in dem - entsprechend der wesentlichsten Aufgabe dieser Institution - eindeutig dem Ziel der Preisstabilität Vorrang gegeben wurde. Dazu sei noch angemerkt, daß eine lediglich nominelle Anpassung sicherlich geeignet ist, mehr für das Ziel der Preisstabilität zu leisten, diese jedoch auch nicht garantieren kann.

Wie bereits erwähnt, würde eine Anpassung der Reallöhne (die Nominallohne werden sowohl dem Produktivitätsfortschritt wie auch der Preissteigerung angepaßt) die nach

4) Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1967

der Erwerbstätigenstruktur bereinigte Lohnquote konstant lassen. Diese Lohnquote ist jedoch, wie die mittleren Spalten der Tabelle zeigen, sowohl im Bundesgebiet wie auch in Schleswig-Holstein merklich gestiegen, die Reallöhne müssen also zwischen 1960 und 1965 um mehr als den Produktivitätsfortschritt gestiegen sein. Hinter der Erhöhung dieser von Änderungen der Erwerbstätigenstruktur unabhängigen bereinigten Lohnquote steht eine Erhöhung der Durchschnittseinkommen aus unselbständiger Arbeit in Schleswig-Holstein von 51% in den betrachteten fünf Jahren (Bund + 54%), die die Steigerung des Volkseinkommens je Erwerbstätigen während des gleichen Zeitraumes merklich übertraf (Schleswig-Holstein + 48%, Bund + 47%).

Der Versuch, diese nominelle Entwicklung zu deflationieren, also Preiseinflüsse herauszurechnen, begegnet statistischen Schwierigkeiten. Das betrifft weniger die durchschnittlichen Nominallöhne (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Abhängigen), die mit dem Preisindex der Lebenshaltung sinnvoll deflationiert werden können, als vielmehr das Volkseinkommen je Erwerbstätigen, für dessen Preisbereinigung kein geeigneter Index zur Verfügung steht. Behelfsweise kann davon ausgegangen werden, daß die reale Veränderung des Volkseinkommens je Erwerbstätigen hinreichend gut durch die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen⁵, der sogenannten gesamtwirtschaftlichen Produktivität, dargestellt werden kann.

Das Ergebnis einer solchen Rechnung, deren Genauigkeit selbstverständlich nicht überschätzt werden darf, zeigt die folgende Tabelle:

	Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Vorjahr in %		Steigerung des Reallohnes gegenüber dem Vorjahr in %	
	Schleswig-Holstein	Bund	Schleswig-Holstein	Bund
1961	5,1	4,1	9,1	8,4
1962	6,4	3,4	7,4	6,5
1963	4,0	3,1	2,9	2,8
1964	3,3	6,3	5,5	7,1
1965	2,7	4,4	3,2	5,4
1960 - 65	23,3	23	31,2	34

Ein großer Teil der Nominalloohnerhöhungen von 51% in Schleswig-Holstein und 54% im Bundesgebiet sind in Preiserhöhungen verpufft; die "reale" Erhöhung des Durchschnittseinkommens aus unselbständiger Arbeit betrug 31% in Schleswig-Holstein und 34% im Bundesgebiet. Auf der anderen Seite ist mit Ausnahme des Jahres 1963 die jährliche Steigerung der Reallöhne größer gewesen als der Anstieg der Arbeitsproduktivität; die Arbeitnehmer haben also während des gesamten Zeitraumes ihren Anteil am realen Sozialprodukt erhöht.

Dies gilt in noch ausgeprägterem Maße für das Bundesgebiet als für Schleswig-Holstein. Diese fühlbare Reallohnsteigerung über den Produktivitätsfortschritt hinaus muß allerdings auf dem Hintergrund der seit 1960 angespannten Arbeitsmarktlage gesehen werden, die ein solches Öffnen der "Schere" zwischen Produktivitätsfortschritt und Steigerung der Reallöhne erst zuließ. Für die Jahre 1950 - 1959 hielt sich die Reallohnsteigerung noch in den Grenzen des Produktivitätsfortschritts; über diesen hinausgehende Nominalloohnerhöhungen konnten real nicht durchgesetzt werden⁶. Eine entsprechende Aussage für Schleswig-Holstein für den Zeitraum vor 1960 kann mangels statistischer Unterlagen nicht gemacht werden.

Hier zeigte sich deutlich, daß - zumindest langfristig - mittels Nominallohnsteigerungen allein eine Änderung der Einkommensverteilung nicht erreicht werden kann; diese wird letztlich nicht durch die Lohnfindung, sondern allein durch die Verwendungsstruktur des Sozialprodukts und die Ersparnisstruktur bestimmt, wobei insbesondere das Sparverhalten der Unselbständigen eine wesentliche Rolle spielt.

Bei den hier dargestellten Ergebnissen der Entstehungs- und Verteilungsrechnung handelt es sich z. T. noch um vorläufige Ergebnisse, die auf den Berechnungsstand von März 1967 abgestimmt sind (siehe Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1967). Für die Entstehungsseite liegen inzwischen korrigierte Ergebnisse vor, die hier aber wegen der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Verteilungsrechnung noch keine Verwendung fanden.

Dipl.-Volksw. Günter Kornetzky

5) Für Schleswig-Holstein: Erwerbstätige (nach dem Mikrozensus) minus Pendlersaldo; siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 105 (Mai)

6) Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1966

Die Berechnung des Bedarfs an Lehrern - ein Spiel mit Zahlen?

Die steigenden Schülerzahlen und die Sorge, nicht genügend Lehrer zu haben, sind die Hauptbeweggründe, die in letzter Zeit verschiedene Stellen veranlaßt haben, Lehrerbeararfsrechnungen anzustellen. Zu den Grundbausteinen dieser Berechnungen gehören die Meßzahlen Schüler je Klasse, Lehrer je Klasse und Schüler je Lehrer. Früher wurden diese Relationen lediglich dazu gebraucht zu zeigen, wie sich die Schulverhältnisse einer Region im Ablauf einer Zeit verändert hatten. Heute wird darüber hinaus mit ihrer Hilfe der gegenwärtige und der zukünftige Bedarf an Lehrern ermittelt. Das hört sich einfach an und klingt harmlos. In Wirklichkeit sind solche Bedarfsrechnungen äußerst problematisch. Ihre Ergebnisse können leicht irreführen und verwirren. Andererseits sind die Bedarfszahlen als Planungsunterlagen von großem Wert und kaum noch zu entbehren. Sie setzen aber voraus, daß der Konsument die sachlichen Zusammenhänge kennt, die Rechenvorgänge durchschaut und die Ergebnisse mit der gebotenen Vorsicht gebraucht.

Wie groß ist nun der Bedarf an Lehrern für die allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein? Die Beantwortung dieser Frage ist das Beispiel, an dem auf den nächsten Seiten die Lehrerbeararfsrechnungen eingehend erläutert werden sollen.

In den statistischen Jahreserhebungen wird für jede Schule die Zahl der Schüler, die Zahl der Klassen und die Zahl der Lehrer ermittelt. Diese Einzelergebnisse werden - für jede Schulart getrennt - zum Landesergebnis konzentriert. Dieses vermittelt einen groben Überblick über die Schulverhältnisse in Schleswig-Holstein. Es heißt dann z. B.: Am 15. Oktober 1967 wurden in den 1 264 öffentlichen Volksschulen Schleswig-Holsteins rund 214 500 Schüler in gut 7 300 Klassen von 6 800 hauptamtlichen Lehrern unterrichtet. Diese Aussage kann nur richtig gewertet werden, wenn jedes Wort, jede Definition beachtet wird.

Ein Stichtagsergebnis zeigt lediglich ein Augenblicksbild: Am 15. Oktober 1967, nicht früher und nicht später, sahen die Schulverhältnisse Schleswig-Holsteins in der angegebenen Weise aus. Veränderungen können nur sichtbar gemacht werden, wenn man mehrere Stichtagsergebnisse (z. B. für die Jahre 1960 bis 1967) miteinander vergleicht. Aus den statistischen Erhebungen liegt eine lange Kette von Jahresergebnissen für Schüler, Klassen und Lehrer vor. An den absoluten Zahlen läßt sich ablesen, wie sich diese Daten von Jahr zu Jahr verändert haben.

Da es sich dabei um vier- bis sechsstellige Zahlen (214 500 Schüler, 6 800 Lehrer) handelt, wird bei einem langjährigen Vergleich die Übersicht bereits schwierig. Einen besseren Überblick geben die Meßzahlen, Relativzahlen oder - wie sie auch manchmal genannt werden - Frequenzzahlen: Schüler je Klasse, Lehrer je Klasse und Schüler je Lehrer. Die schleswig-holsteinischen Schulverhältnisse sehen dann wie folgt aus:

		Schüler ² je Klasse ²	Lehrer ¹ je Klasse ²	Schüler ¹ je Lehrer ¹
Öffentliche Volksschulen (einschließlich Aufbauzüge und Sonderschulklassen)				
Mai	1960	31,8	0,94	33,6
	1961	31,5	0,94	33,5
	1962	30,9	0,94	32,8
	1963	30,6	0,94	32,4
	1964	30,6	0,94	32,6
	1965	30,6	0,92	33,3
	1966	30,4	0,90	33,6
	Februar 1967	29,7	0,91	32,6
Oktober 1967 ^a		29,4	0,93	31,5
Öffentliche Realschulen				
Mai	1960	30,2	1,30	23,2
	1961	29,8	1,29	23,0
	1962	29,4	1,29	22,9
	1963	29,3	1,32	22,3
	1964	29,1	1,30	22,3
	1965	29,0	1,32	22,0
	1966	28,9	1,28	22,5
	Februar 1967	29,1	1,28	22,7
Oktober 1967 ^a		29,4	1,29	22,7
Öffentliche Gymnasien				
Mai	1960	26,2	1,48	17,7
	1961	25,6	1,47	17,3
	1962	25,3	1,49	17,0
	1963	24,8	1,51	16,4
	1964	24,9	1,52	16,4
	1965	25,4	1,50	16,9
	1966	25,9	1,49	17,4
	Februar 1967	26,5	1,47	18,0
Oktober 1967 ^a		26,9	1,43	18,8

1) hauptamtliche Lehrer

2) eine Gruppe Schüler, die gemeinsam unterrichtet wird

a) vorläufige Ergebnisse

Die Aufstellung sagt, daß z. B. im Herbst 1967 im Landesdurchschnitt reichlich 29 Volksschüler in einer Klasse waren und daß nicht jede Klasse einen hauptamtlichen Lehrer hatte. Anders ausgedrückt, auf einen Lehrer kamen im Schnitt fast 32 Volksschüler. Die Klassen und die Relation Schüler je Lehrer sind damit gegenüber den vorhergehenden Jahren kleiner geworden, die Relation Lehrer je Klasse hat sich seit 1966 leicht verbessert.

Um die Veränderungen von Jahr zu Jahr recht genau zu zeigen, wurde in der Tabelle mit Kommastellen gerechnet, obwohl solche Zahlen (29,4 Schüler, 0,93 Lehrer) real natürlich unsinnig sind. Diese rechnerische Genauigkeit ist auch deswegen erforderlich, weil sich die Schulverhältnisse nur langsam verändern.

Die bisherigen Berechnungen haben noch nichts mit einer Bedarfsrechnung zu tun. Sie zeigen lediglich die tatsächlichen Verhältnisse, sie stellen also eine "Ist-Rechnung" dar. Bis hierher ist der Statistiker tätig gewesen: Er hat die Daten erhoben, sie aufbereitet und in geeigneter Form dargestellt. Seine Aufgabe war es, objektiv zu informieren.

Der nächste Schritt führt nun von der "Ist-Rechnung" zur "Soll-Rechnung". Die Meßzahlen, die bisher nur informierten, werden zu inhaltsschweren Richtwerten. Jetzt lautet die Frage, welche Relationen Schüler je Klasse, Lehrer je Klasse und Schüler je Lehrer sind pädagogisch wünschenswert und als realistische Zielsetzung anzustreben? Diese Richtwerte kann auf keinen Fall der Statistiker festlegen; vielleicht kann es der Pädagoge, der Schulverwaltungsfachmann, der Kulturpolitiker. Im Jahre 1963 hat die Kultusministerkonferenz in ihrer "Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970" eine solche Orientierungshilfe für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen des Bundesgebietes gegeben, und zwar in Form von Zielwerten und Mittelwerten für die Relationen Schüler je Klasse und Lehrer je Klasse. Für die in diesem Aufsatz ausgewählten drei Schularten sah die Kultusministerkonferenz damals folgende Werte vor:

	Schüler je Klasse	Lehrer je Klasse	Schüler je Lehrer ¹
Volksschulen			
Zielwert	30	1,3	23
Mittelwert	33	1,15	29
Realschulen			
Zielwert	26	1,7	15
Mittelwert	30	1,5	20
Gymnasien			
Zielwert	20	1,9	11
Mittelwert	24	1,7	14

1) Hier errechnet aus den beiden ersten Spalten: Schüler je Klasse geteilt durch Lehrer je Klasse

Die Kultusministerkonferenz¹ hat also zwei Wertgruppen für alternative Bedarfsrechnungen festgelegt und gibt dazu folgende Erläuterung: "Die Meßzahlen der ersten Gruppe - nämlich die Zielwerte - sind pädagogisch wünschenswert, aber auch als praktische Zielsetzung der Entwicklung bis 1970 nicht unrealistisch;

1) Einstimmiger Beschluß der 93. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 14./15. 2. 1963

die Meßzahlen der zweiten Gruppe sind Mittelwerte, die in einigen Ländern bereits erreicht sind und wahrscheinlich in allen Ländern im vor uns liegenden Jahrzehnt erreicht werden können"². Für die Berechnung des Lehrerbedarfs ist jedoch die von der Kultusministerkonferenz nicht genannte Meßzahl Schüler je Lehrer die wichtigste Relation. Sie ermöglicht es, mit Hilfe der vorliegenden Schülerzahlen den Lehrerbedarf unmittelbar zu errechnen. Die Meßzahl Schüler je Lehrer läßt sich aber ohne weiteres aus den vorgegebenen Werten Schüler je Klasse und Lehrer je Klasse durch Division errechnen, wie in der dritten Spalte der vorstehenden Aufstellung bereits geschehen ist.

Die Zahl der hauptamtlichen Lehrer, die Oktober 1967 in den allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins unterrichtete, ist bekannt. Diesem Ist-Bestand an Lehrern wird nun als Hypothese ein Soll-Bestand an Lehrern gegenübergestellt. Dazu brauchte nur die Mitte Oktober 1967 vorhandene Schülerzahl durch die Meßzahl Schüler je Lehrer - gesondert für den Mittelwert und für den Zielwert - dividiert zu werden.

	Hauptamtliche Lehrer am 15. Oktober 1967 in öffentlichen		
	Volksschulen ¹	Realschulen	Gymnasien
Ist-Bestand ²	6 800	1 718	2 272
Soll-Bestand nach dem			
Zielwert	9 325	2 602	3 878
Mittelwert	7 396	1 952	3 047

1) einschließlich Aufbauzüge und Sonderschulklassen

2) vorläufiges Ergebnis

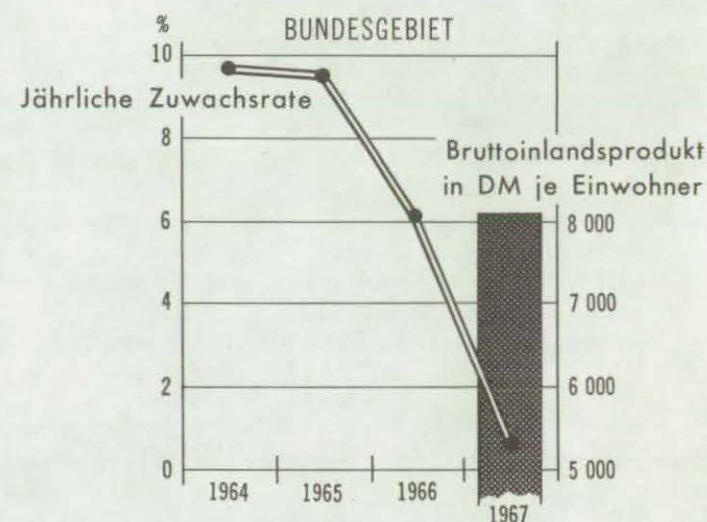
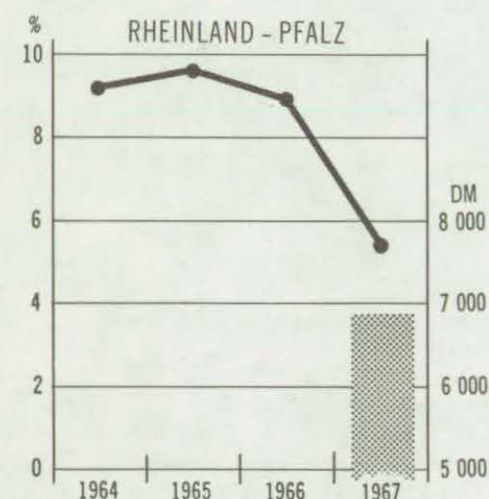
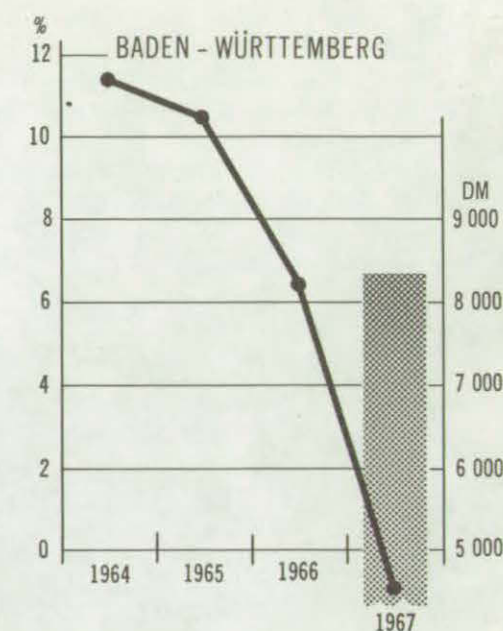
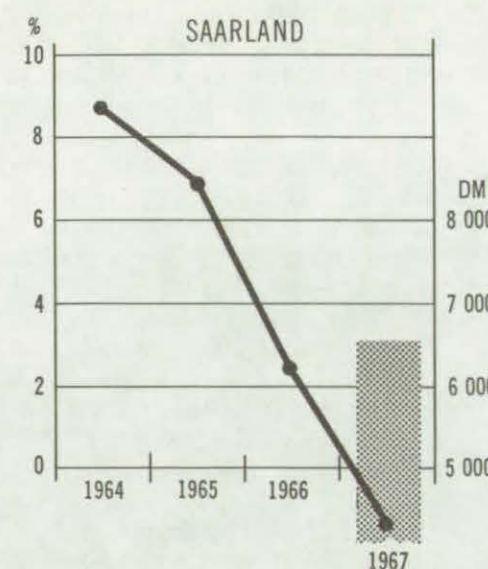
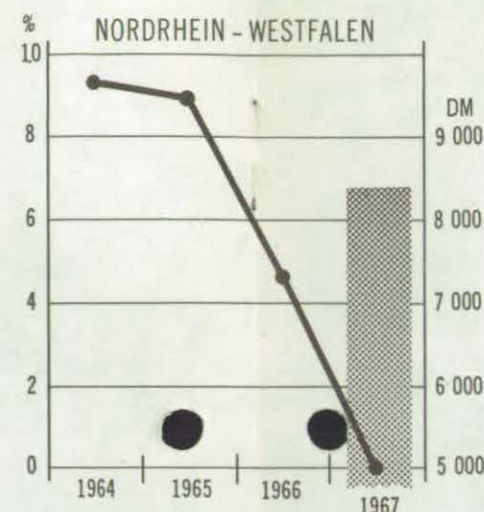
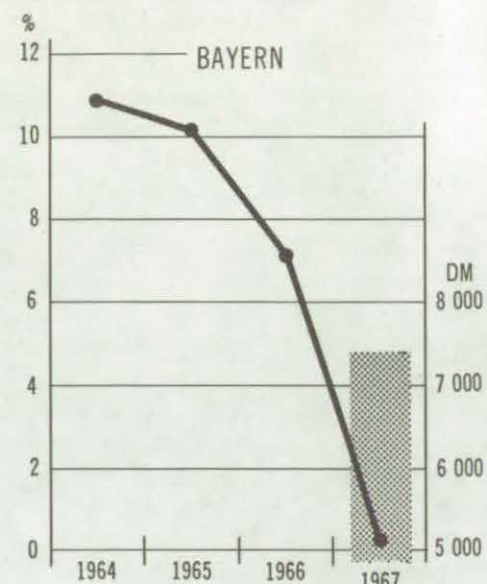
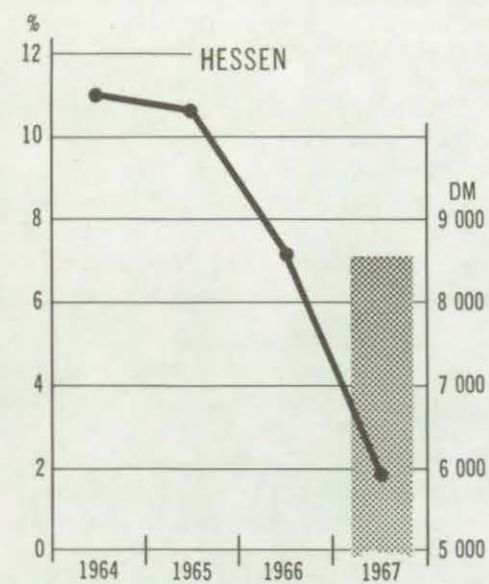
Das vorstehende Ergebnis zeigt einen Soll-Bestand an Lehrern, der für alle Schularten und für beide Richtwerte größer ist als der Ist-Bestand. Das bedeutet, daß die im Oktober 1967 vorhandene Lehrerzahl nicht ausreichte, um die von der Kultusministerkonferenz gesetzten Normen zu erfüllen. Es fehlte eine große Anzahl von Lehrern. Der Fehlbestand - vom höheren Wert her berechnet - lag zwischen 8% beim Mittelwert für die Volksschulen und über 40% beim Zielwert für die Gymnasien. Ist eine solche Berechnung überhaupt richtig und hat sie einen Wert?

Vergangenheit und Gegenwart scheinen heute von geringerem Interesse zu sein. Häufiger wird nach den zukünftigen Verhältnissen gefragt. Wie groß wird der Bedarf an Lehrern in den kommenden Jahren sein? Der Lehrerbedarf hängt vor allem davon ab, wie viele Schüler unterrichtet werden müssen. Daher

2) Dokumentation Nr. 6 der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland vom Februar 1963, S. 5

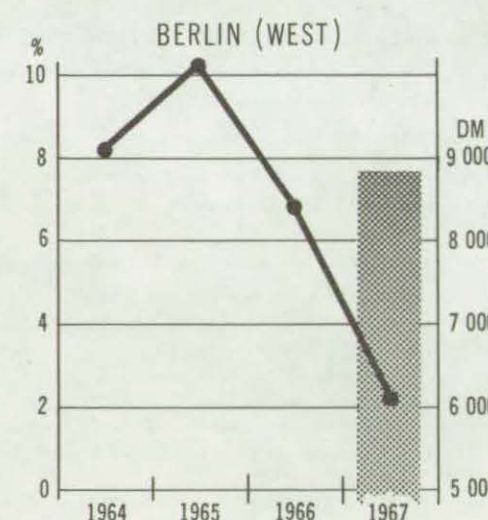
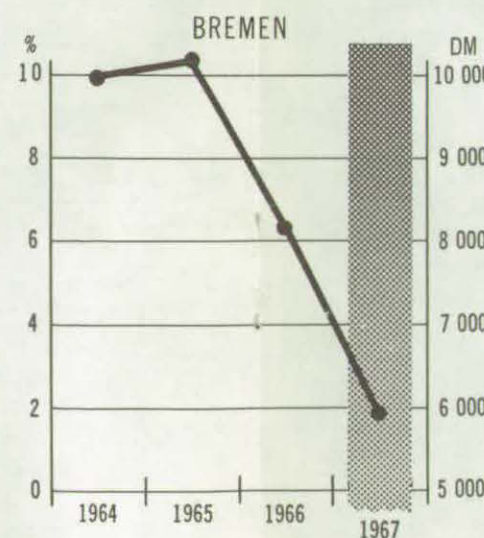
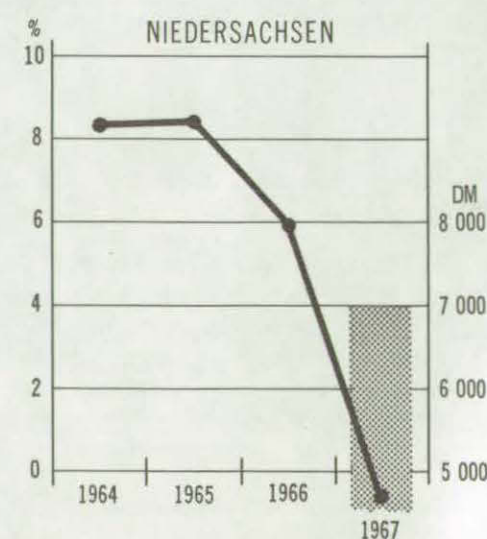
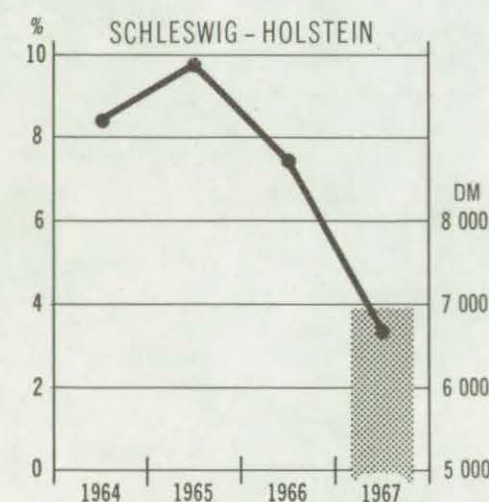
DER KONJUNKTURVERLAUF IN DEN BUNDESLÄNDERN

BRUTTOINLANDSPRODUKT



Die Grafik stellt die unterschiedliche Entwicklung der Wirtschaft der Bundesländer im Konjunkturverlauf 1964 - 1967 dar, und zwar an Hand der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (linke Skala). Die länderweise recht unterschiedliche Konjunktorempfindlichkeit zeigt sich sowohl im Hinblick auf die Stärke konjunktureller Schwankungen wie auch den Zeitpunkt, in dem sie wirksam werden. Während eine fühlbare Abschwächung des Wachstums in Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Baden-Württemberg bereits 1965 einsetzte, folgten die übrigen Bundesländer erst mit einjährigem Abstand. Im Bundesgebiet überwogen infolge des größeren Gewichts der erstgenannten Länder die konjunkturabschwächenden Tendenzen. 1966 waren alle Länder von der Abschwächung der Konjunktur

betroffen, allerdings in unterschiedlicher Intensität. Im ersten Krisenjahr seit Bestehen der Bundesrepublik, 1967, mußten einige Länder nicht nur eine weitere empfindliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums hinnehmen, sondern die wirtschaftliche Gesamtleistung ging gegenüber 1966 teilweise sogar zurück. Am wenigsten konjunkturrempfindlich zeigte sich die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, obwohl auch hier die Auftriebstendenzen merklich nachließen. Die für das Jahr 1967 eingezeichneten Säulen, zu denen die rechte Skala gehört, zeigen das sehr unterschiedliche Niveau des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in den Bundesländern und vermitteln damit einen Eindruck von ihrer unterschiedlichen Wirtschaftskraft.



ist es zunächst erforderlich, eine Vorstellung von der zukünftigen Entwicklung der Zahl der Schüler zu haben. Für Schleswig-Holstein liegt eine langfristige Schülervorausschätzung³ vor, deren Werte in die folgende Lehrbedarfsrechnung eingesetzt worden sind. Dabei wird darauf verzichtet, die Besonderheiten und Prämissen dieser Vorausschätzung näher zu erläutern. Die voraussichtliche Schülerzahl wird als gegeben betrachtet, um die Aufmerksamkeit allein auf den Einfluß zu lenken, den unterschiedliche Richtwerte in der Relation Schüler je Lehrer auf die Höhe der Lehrerzahl haben. Die folgende Übersicht zeigt für die Jahre 1970, 1975 und 1980 je drei verschiedene Bedarfszahlen.

	Richtwert Schüler je Lehrer	Voraussichtlicher Lehrbedarf in öffentlichen Schulen im Jahre		
		1970	1975	1980
Volksschulen ¹				
Zielwert	23	10 222	11 780	11 600
Mittelwert	29	8 107	9 343	9 200
Wert Okt. 1967	31,5	7 464	8 601	8 470
Realschulen ²				
Zielwert	15	2 876	3 274	3 791
Mittelwert	20	2 157	2 455	2 843
Wert Okt. 1967	22,7	1 900	2 163	2 505
Gymnasien ³				
Zielwert	11	4 920	6 287	7 317
Mittelwert	14	3 866	4 940	5 749
Wert Okt. 1967	18,8	2 879	3 679	4 281

1) Volksschulen (einschl. Aufbauzüge und Sonderschulklassen)

1970: 235 100 Schüler; 1975: 270 900 Schüler; 1980: 266 800 Schüler

2) 1970: 43 100 Schüler; 1975: 49 100 Schüler; 1980: 56 900 Schüler

3) 1970: 54 100 Schüler; 1975: 69 200 Schüler; 1980: 80 500 Schüler

Für die vorstehende Berechnung wurde außer den beiden Richtwerten der Kultusministerkonferenz zusätzlich die im Oktober 1967 wirklich bestehende Meßzahl eingesetzt. Die Ergebnisse zeigen einen unterschiedlichen Lehrbedarf. Es ist gewiß für die Planung nicht gleichgültig, ob 1975 nur 8 600 Lehrer (bei 31,5 Schülern je Lehrer) vorhanden sein müssen oder gut 9 300 (bei 29 Schülern je Lehrer) oder sogar fast 11 800 (bei 23 Schülern je Lehrer). Die Frage, welcher Lehrbedarf der richtige ist, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Die benötigte Lehrerzahl ist zwar keine beliebige Größe, sie ist aber bis zu einem gewissen Grade eine variable Größe. Sie wird von den Normen bestimmt, an denen die Lehrerzahl gemessen wird. In der vorliegenden Berechnung sind es drei Richtwerte für die Meßzahl Schüler je Lehrer: der Wert von 1967, der Mittelwert und schließlich der Zielwert der Kultusministerkonferenz. Wer also mit voraussichtlichen Lehrbedarfszahlen arbeiten will, muß genau beachten,

3) siehe "Die voraussichtliche langfristige Entwicklung der Schüler- und Studentenzahlen" in Stat. Monatsh. S.-H. 1968, S. 99 ff. (Mai)

unter welchen Voraussetzungen sie errechnet wurden. Einen absolut richtigen Wert für die benötigte Lehrerzahl gibt es nicht.

Die Diskussion um die Lehrerberechnungen wird weiterhin dadurch erschwert, daß vielfach nicht genau beachtet wird, welcher Bedarf überhaupt errechnet wurde. Die Verwaltung interessiert sich aus Haushaltsgründen vor allem für die Zahl der benötigten Planstellen. Die Statistik weist aber die Zahl der am Stichtag tatsächlich vorhandenen Lehrer aus, und zwar die Zahl der hauptamtlichen Lehrer. Das sind die vollbeschäftigten beamteten und angestellten Lehrer. Diese tatsächliche Lehrerzahl dient üblicherweise als Grundlage der Bedarfsrechnungen. Sie ist auch in die Berechnungen dieses Aufsatzes eingegangen. Damit fehlt aber der Lehrbedarfsrechnung die letzte Korrektheit. Neben hauptamtlichen Lehrern (full-time teachers) gibt es noch Lehrer, die nur einige Stunden unterrichten (part-time teachers). Zu ihnen zählen die teilbeschäftigten Lehrer, die nebenamtlichen Lehrer und die nebenberuflichen Lehrer. Im Oktober 1967 gab es in den Volksschulen, Realschulen und Gymnasien Schleswig-Holsteins insgesamt über 1 500 Lehrer, die im Durchschnitt wöchentlich sechs Stunden unterrichten haben. Dabei hat z. B. ein Lehrer nur zwei Stunden in der Woche unterrichtet und ein anderer vielleicht fünfzehn Stunden. Es wäre also unsinnig, die Zahl dieser nicht voll unterrichtenden Lehrer vorzuschätzen. Sie müßten mit ihren Unterrichtsstunden in die Lehrbedarfsrechnung einbezogen werden. Das dafür erforderliche statistische Grundmaterial ist aber im Augenblick noch nicht so einwandfrei, daß es verwendet werden könnte. Die Kultusministerkonferenz hat in ihrer Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970⁴ einen ersten Versuch dazu unternommen. Um den Ansprüchen an eine Lehrbedarfsrechnung voll gerecht zu werden, müßte außerdem noch - zumindest für die Gymnasien - die Unterrichtskapazität der Lehrer nach Unterrichtsfächern berücksichtigt werden. Auch hierzu liegen erste Versuche vor⁵.

Wer mit den vorausgeschätzten Lehrbedarfszahlen arbeiten will, sollte noch etwas beachten. Die angegebenen Meßzahlen Schüler je Klasse, Lehrer je Klasse und Schüler je Lehrer sind für Schleswig-Holstein insgesamt berechnet und bedeuten daher einen groben Durchschnitt. Die Verhältnisse können regional ganz anders aussehen. Es gibt z. B. Schulen

4) siehe Dokumentation Nr. 20 (Mai 1967) der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland - Lehrbestand und Lehrbedarf (zweiter Bericht der Arbeitsgruppe für Fragen der Bedarfsfeststellung)

5) siehe Ulrich Kolbe "Schüler und Lehrer an den Schulen in Schleswig-Holstein - Die Unterrichtsbedingungen gestern und morgen -", Kiel 1968

mit weniger als 100 Schülern, es gibt aber auch solche mit mehr als 1 000 Schülern. Es kommt ferner darauf an, wie die Struktur der Schulen aussieht, wie sich die Schülerbewegung gestaltet, in welchem Siedlungsgebiet die Schulen liegen, wie die Lehrer eingesetzt sind. Durch diese Tatsachen - und vielleicht noch durch andere - können sich unterschiedliche Relationen zwischen den Beziehungszahlen Schüler / Klassen / Lehrer ergeben, die von den Durchschnittswerten für das Land abweichen. Bei einer Lehrerbedarfsrechnung auf Landesebene werden regionale Unterschiede überdeckt. Aber auch innerhalb einer Schule gibt es Unterschiede. In der Grundschule gelten z. B. andere Werte für die Meßzahl Schüler je Klasse als in der Hauptschule, in der Sexta des Gymnasiums andere als in der Oberprima.

Nach diesen Erläuterungen und einschränkenden Bemerkungen scheint die Berechnung des Bedarfs an Lehrern wirklich ein Spiel mit Zahlen zu sein. Die Problematik bei einer Lehrerbedarfsrechnung ist aber nicht größer als die bei zahlreichen anderen Berechnungen dieser Art. Es muß nur beachtet werden, daß der zukünftige Lehrerbedarf keine eindeutig festgelegte Größe ist. Der Konsument der Bedarfszahlen darf daher die Ergebnisse nicht kritiklos hinnehmen. Er muß, wenn er mit ihnen arbeiten will, die Grundzüge der Berechnung kennen, die Definitionen der Begriffe beachten und überprüfen, ob er die eingeführten Prämissen, die vor allem in den diskutierten Meßzahlen Schüler je Klasse, Lehrer je Klasse und Schüler je Lehrer eingebettet sind, anerkennen kann.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1967

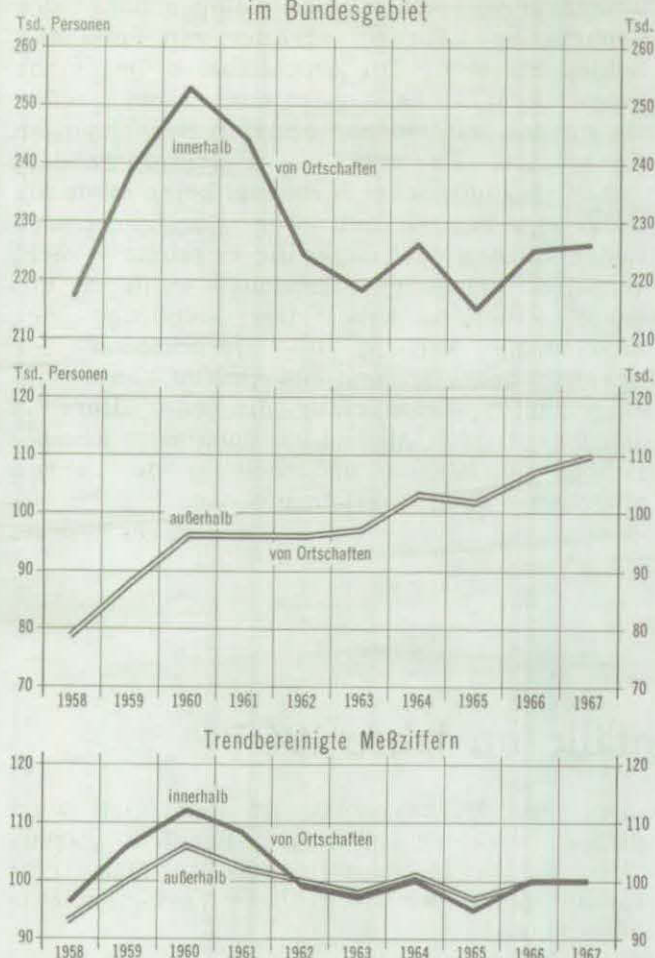
Als an dieser Stelle die Straßenverkehrsunfälle des Jahres 1966 besprochen wurden, mußte auf die anscheinend unaufhaltsame Verschlechterung der Lage hingewiesen werden. Wie nun zu übersehen ist, entspricht die Entwicklung den Befürchtungen. Das Rekordjahr 1966 wurde vom Jahr 1967 noch übertroffen. In dürren Zahlen heißt das, daß sich 1967 in Schleswig-Holstein 14 300 Unfälle mit Personenschäden ereigneten gegen 13 400 im Vorjahre. Die Zahl der Getöteten stieg von 718 auf 742 und die der Schwerverletzten von 5 830 auf 6 560. Auch Leichtverletzte gab es mehr, nämlich 12 700 statt 12 200. Jeder Einsichtige fragt sich, wo diese Entwicklung hinführen soll. Geht sie wirklich so bedrohlich weiter oder gibt es nicht irgendwelche Anzeichen einer Besserung?

Zur Klärung dieser Frage sollte man zunächst die Entwicklung im Bundesgebiet betrachten. Das hat nämlich mehrere Vorteile. Die größere Zahl der Ereignisse macht die statistischen Werte von störenden Einzeleinflüssen unabhängig, auch dann, wenn man nur kleine Teilmassen betrachtet, wie es zur Analyse häufig nötig ist. Weiter werden wegen der großen Fläche des Bundesgebietes die Einflüsse des Wetters zum guten Teil ausgeglichen. Ein in ganz Deutschland verregneter Sommer ist eben selten. Die Wettereinflüsse werden damit freilich nicht ausgeschlossen, aber doch erheblich gedämpft, anders wie in einem so kleinen Gebiet wie Schleswig-Holstein, das zur gleichen Zeit immer recht einheitliches Wetter hat. Der dritte Grund für den Vergleich

mit dem Bundesgebiet ist der, daß dort die Entwicklung in vieler Hinsicht gegenüber Schleswig-Holstein voreilt. Das trifft immer da zu, wo die größere Verkehrsdichte bestimmend ist.

Will man nun die Ergebnisse der Statistik kritisch würdigen, so muß man nach Ortslagen trennen. Die Gründe sind an dieser Stelle schon des öfteren dargelegt worden, so daß sie nicht wiederholt zu werden brauchen. Im übrigen zeigt die folgende Abbildung schon zwingend die Notwendigkeit dieser Trennung. Es ist hier die Zahl der Unfälle mit Personenschäden im Bundesgebiet im Laufe der letzten 10 Jahre dargestellt. Sie ist innerhalb der Ortschaften wesentlich größer als auf freier Strecke. Die Entwicklung ist auch offensichtlich unterschiedlich. Innerorts ist ein starker Anstieg mit entsprechendem Rückgang zwischen 1958 und 1962 festzustellen. Danach schwanken die Werte noch merklich, scheinen sich aber auf gleichem Niveau zu halten. Der vorherrschende Zug außerorts ist ein unverkennbarer Anstieg, der aber von erheblichen Änderungen der Stärke überlagert ist. Auf den ersten Blick haben beide Entwicklungen nichts miteinander zu tun. Das unterschiedliche Niveau und die verschiedene Richtung des Trends erschweren den Vergleich. Deshalb muß man beides ausschalten. Das kann man machen, indem man die Kurve für die Werte auf freier Strecke von einem linearen Trend bereinigt und dann für beide Kurven Meßziffern ausrechnet, bei denen ein geeigneter Mittelwert gleich 100 gesetzt wird. Das

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Bundesgebiet



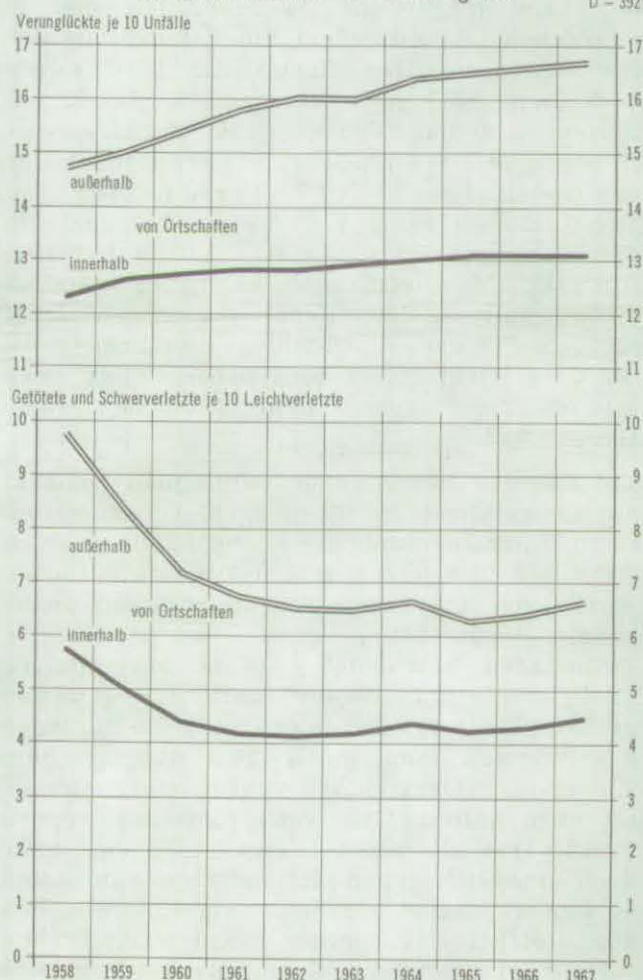
Ergebnis ist in der Abbildung dargestellt. Nun sind beide Kurven sehr ähnlich, allerdings sind innerorts die Abweichungen vom Mittelwert etwa doppelt so groß wie außerorts. Es gibt also Faktoren, die die Unfallzahl wesentlich beeinflussen und die in beiden Ortslagen wirksam werden. Hierbei ist die Wirkung innerhalb von Ortschaften stärker. Die naheliegende Möglichkeit, im Wetter einen solchen Faktor zu sehen, muß verworfen werden. Zwar wirkt sich das Wetter in beiden Ortslagen aus, aber die unmittelbaren Wirkungen des Wetters, wie Straßenglätte und mangelhafte Sicht, lassen gerade auf freier Strecke - und nicht innerorts - wegen der dort gefahrenen höheren Geschwindigkeiten stärkere Auswirkungen erwarten. Auch die mittelbaren bioklimatischen Wirkungen dürften sich außerorts mehr bemerkbar machen. Die offensichtlichen Unterschiede der Intensität der Faktoren in beiden Ortslagen lassen eine Erklärung durch das Wetter nicht zu. Welche Faktoren es dann sind, die in beiden Ortslagen gleichmäßig sich wandelnd, aber unterschiedlich stark wirkend sich bemerkbar machen, kann nicht gesagt werden. Es ist auch nicht zu erkennen, ob neben diesen Faktoren noch eine merkliche Wirkungsmöglichkeit für das Wetter frei ist.

Auch die über Jahre sich stetig ändernden Faktoren, deren Wirkung in der Statistik erkennbar ist, können die obigen Kurven nicht erklären. Es ist dies die zunehmende Verkehrsdichte, die auf dem Steigen des Kraftfahrzeugbestandes beruht, und die sich ändernde Struktur des Verkehrs. Sie zeigt sich darin, daß die Zweiradfahrzeuge (Motorrad, Moped, Fahrrad) immer weniger gebraucht werden und stattdessen das Auto die erste Rolle im Verkehr spielt. Änderung der Verkehrsdichte und strukturelle Umschichtung haben im Laufe der Zeit nicht ihr Vorzeichen gewechselt. Es ist also nicht zu ersehen, wie sie eine auf und ab führende Bewegung erklären sollen. Wohl aber kann man ihren Einfluß in wichtigen Meßzahlen wiederfinden. Diese Meßzahlen sind die Schwere der Unfälle und die Schwere der Personenschäden.

Die Schwere der Unfälle ist definiert als die Zahl der Verunglückten je Unfall. Sie beantwortet die Frage, wie viele Menschen im Durchschnitt bei einem Unfall verunglücken. Ein anderes Maß, die Schwere der Personenschäden, wird als Zahl der Getöteten und Schwerverletzten je 10 Leichtverletzte gerechnet. Hiermit wird die Frage nach dem Anteil

Schwere der Unfälle und der Personenschäden im Straßenverkehr im Bundesgebiet

D - 3927



der Getöteten und Schwerverletzten an den Verunglückten in einer Form beantwortet, mit der sich besser arbeiten läßt als mit der Beziehung auf die Gesamtzahl der Verunglückten. Beide Meßzahlen sind, wieder nach Ortslagen getrennt, in der Abbildung dargestellt.

Die Ähnlichkeit der jeweils zusammengehörigen Kurven springt ins Auge. Sie alle zeichnen sich durch ihre Glätte aus. Bei den beiden Kurven für die Schwere der Unfälle klingt die Steilheit des Anstiegs allmählich ab, wobei der Anstieg außerorts steiler ist. Die Schwere der Personenschäden sinkt dagegen zunächst, nach einem Tiefstand beginnt sie aber wieder zu steigen. Auch hier ist die Bewegung außerorts kräftiger. In beiden Ortslagen weichen die Werte für 1964 nach oben aus der Reihe.

In welchem Maße eine Glättung aller Kurven eingetreten ist, sieht man im Vergleich mit dem ersten Bild, das ja Ursprungszahlen dieser Kurven enthält. Diese Wirkung ist aber verständlich, denn die Zahl der Verunglückten hängt in erster Linie von der Zahl der Unfälle ab. Ihre Meßziffern werden sich also ähnlich bewegen. Bildet man den Quotienten aus Unfällen und Verunglückten oder auch aus Teilmassen der Verunglückten, so werden Faktoren, die in beiden Zahlen wirken, herausfallen und nur noch die oben als Schwere definierten Faktoren übrigbleiben. Aus dem glatten Verlauf der Kurven für die Meßzahlen kann man schließen, daß die Faktoren, die die Unfallzahl auf- und abwärtsstreiben, in den Meßzahlen sich nicht auswirken. Am einfachsten sind die Verhältnisse bei der Schwere der Unfälle zu durchschauen. Definitionsgemäß ist sie der Quotient aus Verunglückten und Unfällen

$$S_u = \frac{\text{Verunglückte}}{\text{Unfälle}}$$

Durch Umstellung erhält man hieraus die Gleichung:

$$\text{Unfälle} \cdot S_u = \text{Verunglückte.}$$

Die Zahl der Verunglückten ist also gleich der Zahl der Unfälle multipliziert mit dem Faktor "Schwere der Unfälle". Dieser Faktor ändert sich, wie gezeigt wurde, von Jahr zu Jahr nur wenig. Jene Faktoren, die die Zahl der Unfälle von einem Jahr zum anderen wesentlich veränderrn, wirken deshalb entsprechend in der Zahl der Verunglückten.

Zum Vergleich mit Schleswig-Holstein muß man die genauen Werte der im Bild für den Bund dargestellten Meßzahlen kennen. Im Bund verunglückten 1958 in den Ortschaften

1,23 Personen je Unfall, 1967 waren es 1,31. Auf freier Strecke waren es mehr, nämlich 1958 1,47, auch war der Anstieg steiler und führte zu dem Wert von 1,67 für 1967. In Schleswig-Holstein stieg innerorts der Wert von 1,21 auf 1,26. Dieser Wert für 1967 ist allerdings niedriger als die vorhergehenden. Bis 1966 war die Meßzahl nämlich auf 1,28 gestiegen. Bis dahin erfolgte der Anstieg etwa so wie im Bundesdurchschnitt, nur daß er in der Höhe einige Jahre zurückhing. Das gilt auch für die freie Strecke, deren Meßzahlen von 1,43 auf 1,61 anstiegen.

Zur Interpretation dieser Entwicklung muß man daran denken, daß die Schwere der Unfälle nicht nur von der Größe der zerstörenden Kräfte in weitestem Sinne abhängt, durch die einige oder alle Beteiligten verunglücken, sondern auch von der Zahl der am Unfall beteiligten Personen. Je mehr Menschen am Unfall beteiligt sind, um so mehr können auch verunglücken und um so schwerer wird der Unfall. Wie wirken sich nun die beiden langfristig sich ändernden Faktoren, zunehmende Verkehrsdichte und Strukturwandel, aus? Die Verkehrsdichte beeinflusst in erster Linie die Zahl der Unfälle, die aber in der Meßzahl gerade ausgeschaltet ist. Die große Verkehrsdichte in den Städten zu den Hauptverkehrsstunden setzt die Zahl der Unfälle mit Personenschaden herab, da sich dazu der Verkehr zu langsam abspielt. Dieser Einfluß auf die Schwere der Unfälle ist aber gering gegen den des Strukturwandels. Um ihn zu beurteilen, muß man sich erinnern, daß vor 10 Jahren sich ein großer Teil der Unfälle zwischen Fußgängern und Zweiradfahrern abspielte. Die Masse waren Unfälle zwischen diesen beiden Gruppen einerseits und Kraftwagen andererseits. Nur ein kleiner Teil waren Unfälle zwischen Kraftwagen. Nun ist ein Fußgänger nur eine Person, auf einem Zweirad sitzt auch meist nur einer, ein Kraftwagen ist aber oft stärker besetzt. Man kann sich also leicht ausrechnen, daß an den eben genannten drei Gruppen von Unfällen unterschiedlich viele Leute beteiligt sind: Fußgänger/Zweiradfahrer nur 2, Fußgänger, Zweiradfahrer/Kraftwagen wenig mehr als 2 und Kraftwagen/Kraftwagen merklich über 2. Der Strukturwandel läßt nun die Zweiradfahrer allmählich verschwinden. Dadurch werden auch die Gruppen von Unfällen, an denen sie beteiligt sind, weniger. Das wirkt sich so aus, daß im Durchschnitt immer mehr Leute an einem Unfall beteiligt sind. Bei einem Unfall zwischen zwei Autos können das ohne weiteres 8 Leute sein. Dadurch, daß mehr Menschen beteiligt sind, verunglücken auch mehr. Dieser Strukturwandel bestimmt einstweilen die Entwicklung und überdeckt die Wirkungen anderer Faktoren.

Das allmähliche Auslaufen des Strukturwandels paßt auch gut zur abnehmenden Steilheit des Anstiegs der Schwere. Die Unterschiede zwischen den Ortslagen weisen aber auf noch andere wirksame Faktoren hin. Da außerorts der Strukturwandel im wesentlichen abgeschlossen ist, dürften hier Gründe für den weiteren Anstieg zunehmend höhere Geschwindigkeiten, steigende Zahl von Alleinunfällen und Alkoholeinfluß sein. Diese Dinge waren angedeutet, wenn oben von "zerstörenden Kräften in weitestem Sinne" die Rede war. Auch stärkere Besetzung der Autos kann eine Rolle spielen. Auf den Einfluß der sich ändernden Verkehrsdichte wurde schon hingewiesen.

Die Interpretation der Entwicklung der Schwere der Personenschäden wird dadurch erleichtert, daß man diese Meßzahl analysieren kann, indem man sie für einzelne Verkehrsteilnehmergruppen berechnet. In der Abbildung ist das geschehen für Fußgänger, Zweiradfahrer und Autobenutzer. Auf den ersten Blick sieht man, daß das Charakteristikum

der Gesamt-Kurve, nämlich das Fallen und Wiederaansteigen, sich in den Teilkurven ausgeprägter zeigt. Auch sie sind bemerkenswert glatt, zeigen aber einige herausspringende Werte. Innerorts sind das die Jahre 1963 und 1964, außerorts das Jahr 1962 für Fußgänger und Zweiradfahrer und 1964 für Kraftwagenbenutzer. Die unterschiedliche Höhe der Schwere der Personenschäden der einzelnen Gruppen ergibt sich daraus, daß Fußgänger schutzlos dem Anprall preisgegeben sind, Zweiradfahrer doch einen gewissen Schutz in ihrem Fahrzeug besitzen und Autofahrer demgegenüber durch den Fahrzeugaufbau gut geschützt sind. Die Unterschiede zwischen den Ortslagen erklären sich durch die auf freier Strecke gefahrenen höheren Geschwindigkeiten, die mehr zerstörende Energie in den Unfall hineinbringen. Auffällig ist, daß die Kurven ihren Tiefpunkt in verschiedenen Jahren haben.

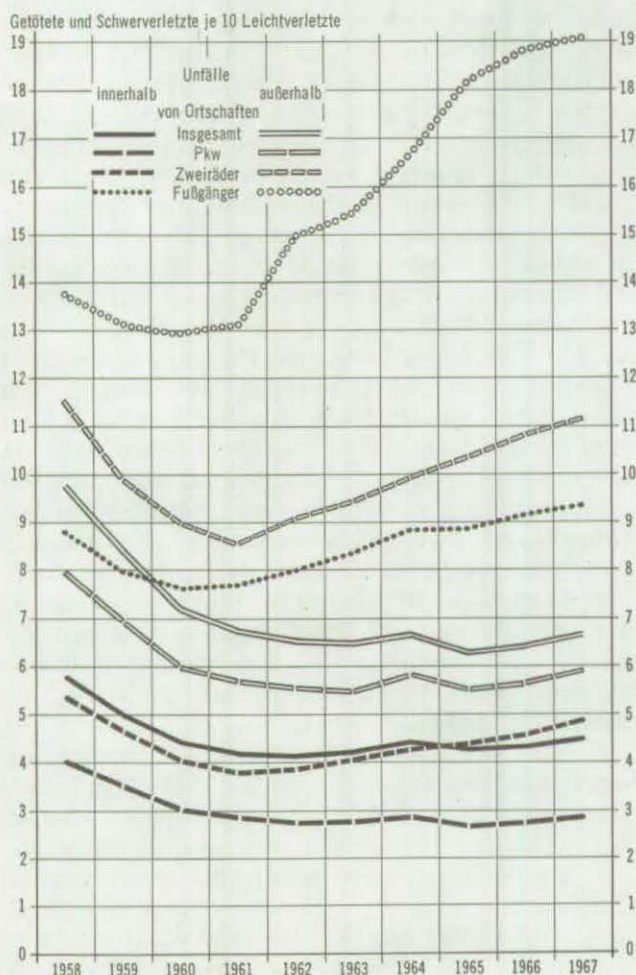
Die Gesamt-Kurve ergibt sich als gewogenes Mittel der einzelnen Kurven, wobei auf die Darstellung der sonstigen Verkehrsteilnehmer wegen ihres geringen Gewichtes verzichtet werden kann. Diese Mittelung erfolgt nun aber nicht mit konstanten Gewichten, sondern durch den Strukturwandel erhalten die Autofahrer ein immer höheres Gewicht zu Lasten der anderen. Wie sich das auswirkt, sieht man am besten in der Darstellung für die freie Strecke. Seit 1963 steigen alle drei Teilkurven an, trotzdem sinkt die Gesamt-Kurve weiter bis 1965. Das liegt daran, daß das Gewicht der unterdurchschnittlichen Pkw-Werte weiter steigt.

In der Abbildung zeigt sich das darin, daß die Gesamt-Kurve sich der Pkw-Kurve nähert, was übrigens auch beim ansteigenden Ast noch zu beobachten ist. Die Darstellung ist ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie eine Entwicklungsänderung verschleiert werden kann. Der seit 1963 allgemeine Anstieg der Schwere der Personenschäden wird in der Gesamtzahl erst ab 1965 sichtbar.

Mit diesen Überlegungen ist auch schon das Wichtigste zur Interpretation gesagt. Die Gesamt-Kurve ist nur als Mittelwert der Teilkurven zu verstehen. Diese werden in ihrem ansteigenden Ast durch den Strukturwandel geklärt. Der Zusammenstoß zwischen einem Fußgänger und einem Zweiradfahrer wird im allgemeinen glimpflicher für beide verlaufen, als wenn sie mit einem Auto kollidieren. Aber auch für die Autofahrer ist ein solcher Zusammenstoß harmloser, als wenn sie auf ein anderes Auto fahren. Je stärker die Beteiligung der Autos wird, um so schwerer werden die Folgen für alle

D - 3928

Schwere der Personenschäden nach Teilnehmergruppen bei Straßenverkehrsunfällen im Bundesgebiet



Schwere der Personenschäden im Bundesgebiet
(Getötete und Schwerverletzte je 10 Leichtverletzte)

Verkehrsteilnehmer	innerorts				außerorts			
	1958	Tiefstand		1967	1958	Tiefstand		1967
		Betrag	Jahr			Betrag	Jahr	
Alle	5,73	4,11	1962	4,46	9,74	6,29	1965	6,64
darunter								
Pkw	4,01	2,63	1965	2,84	7,93	5,47	1963	5,89
2-Rad	5,37	3,76	1961	4,85	11,52	8,51	1961	11,18
Fußgänger	8,79	7,61	1960	9,36	13,78	12,93	1960	19,06

Verkehrsteilnehmergruppen. Bei den Autofahrern kommt noch die zunehmende Zahl von Alleinunfällen, besonders auf freier Strecke, hinzu, die durch besonders schwere Personenschäden gekennzeichnet sind.

Durch diese Betrachtungen ist der absteigende Ast der Kurven und die verschiedene zeitliche Lage der Minima aber noch nicht geklärt. Weder der Strukturwandel noch ein anderer der gewichtigen bekannten Faktoren hat sein Vorzeichen geändert. Eine Änderung eines Kurvenverlaufes kann aber auch schon durch Gewichtsverschiebung zwischen gegensätzlich wirkenden Faktoren eintreten. Im Augenblick sind die Dinge noch nicht hinreichend klar, um hier etwas zu sagen. Deshalb ist zu vermuten, daß auch für den aufsteigenden Ast der Strukturwandel nicht die alleinige Erklärung darstellt.

In der Tabelle sind die wichtigsten Zahlen aus dem Kurvenverlauf genannt. Sie bringen nichts Neues gegenüber der Diskussion, sondern liefern lediglich die exakten Werte.

Es läßt sich nun wieder der Vergleich mit Schleswig-Holstein ziehen. Zeichnet man sich die entsprechenden Kurven auf, so sieht man, daß sie nicht die gleiche Glätte besitzen. Die Grundform ist zwar dieselbe, recht häufig weichen aber einzelne Werte davon ab. Sie liegen bis zu 10% des Wertes höher oder tiefer, als einem stetigen Verlauf entsprechen würde. Das mag zum Teil am Zufall liegen. Die absoluten Zahlen nämlich, die hier zugrunde liegen, betragen oft nur wenige Hundert. Eine Änderung von nur 20 Fällen würde also schon Abweichungen der genannten Größe bewirken. Es zeigen sich aber auch

gewisse Gegenläufigkeiten der Kurven, die auf Zusammenhänge nicht zufälliger Art hindeuten. Es muß hier daran erinnert werden, daß nicht alle Faktoren des Kurvenverlaufes geklärt sind. Solange man die Zufallswirkung nicht eliminieren kann, kann man auch nicht die Wirkung dieser Faktoren darstellen. Deshalb würde die Darbietung der Kurven in ihrem unübersichtlichen Verlauf nur verwirren. Darum wird darauf verzichtet, und es werden nur die charakteristischen Werte in einer Tabelle gebracht. Einigen von ihnen haftet wegen des geringen Materials eine gewisse Unsicherheit an.

Der Vergleich mit dem Bundesgebiet zeigt, daß in den Ortschaften 1958 die Personenschäden in Schleswig-Holstein leichter waren. Der Tiefstand tritt im selben oder einem benachbarten Jahr ein wie im Bundesdurchschnitt. Er liegt bei Fußgängern und Zweiradfahrern auch niedriger, dagegen höher bei den Autofahrern. 1967 haben nur noch die Zweiradfahrer kleinere Werte. Die Differenzen sind jedoch so klein, daß sie in dem Bereich liegen, in dem die Kurve wegen ihres unruhigen Verlaufes unsicher ist. Man darf also sagen, daß der Verlauf im wesentlichen dem für das Bundesgebiet entspricht. Das niedrige Niveau läßt sich dadurch erklären, daß Schleswig-Holstein im Strukturwandel etwas nachhinkt. Der Vergleich für die freie Strecke ergibt ebenfalls für 1958 ein niedrigeres Niveau. Die zeitlichen Differenzen beim Eintritt des Minimums betragen bis zu drei Jahre. In der Höhe zeigen sich beim Minimum und 1967 die gleichen Unterschiede wie innerorts, wenn man nur das Vorzeichen im Auge hat. Es ist also hier das Gleiche zu sagen

Schwere der Personenschäden in Schleswig-Holstein
(Getötete und Schwerverletzte je 10 Leichtverletzte)

Verkehrsteilnehmer	innerorts				außerorts			
	1958	Tiefstand		1967	1958	Tiefstand		1967
		Betrag	Jahr			Betrag	Jahr	
Alle	5,28	3,99	1959	4,71	8,63	6,72	1966	7,26
darunter								
Pkw	4,68	2,94	1966	2,96	7,43	6,03	1965	6,61
2-Rad	4,67	3,36	1961	4,78	9,73	7,29	1959	9,81
Fußgänger	7,44	6,78	1959	9,58	12,91	12,91	1958	23,62

wie für die geschlossene Ortslage. Ein kritischer Punkt jedoch ist die Entwicklung bei den Autobenutzern, deren Zahlen wegen des umfangreichen Materials gesichert sind. Es muß darauf geachtet werden, ob hier nicht doch die Personenschäden schwerer sind als im Bundesdurchschnitt.

Nach diesen Betrachtungen soll versucht werden, die eingangs gestellte Frage nach der weiteren Entwicklung zu beantworten. Für das Bundesgebiet darf man erwarten, daß sich auch 1968 in den Ortschaften 210 - 230 000 Unfälle ereignen werden. Hierbei werden (Unfallzahl · 1,31) Personen verunglücken. Auf freier Strecke werden sich über 110 000 Unfälle ereignen, denen (Unfallzahl · 1,67) Menschen zum Opfer fallen. Die Schwere der Personenschäden wird weiter ansteigen und innerorts den Wert von 4,6 erreichen. Die besonders wichtigen Auto-

fahrer kommen hierbei auf einen Wert von 3,0. Auf freier Strecke dürfte der Wert insgesamt auf 6,8 steigen und für die Autofahrer auf 6,3. Für Schleswig-Holstein ist eine Prognose aus den dargelegten Gründen wesentlich schwieriger. Man muß sich deshalb auf die Feststellung beschränken, daß die Entwicklung im Grunde entsprechend verläuft. Es ist möglich, daß sich die Personenschäden der Autobenutzer in stärkerem Maße verschlimmern, als das im Bundesdurchschnitt der Fall ist. Es bleibt zu hoffen, daß diese Vorschätzung sich als zu hoch erweist. Jedes Zurückbleiben hinter den genannten Werten wäre ein Erfolg der Unfallbekämpfung.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

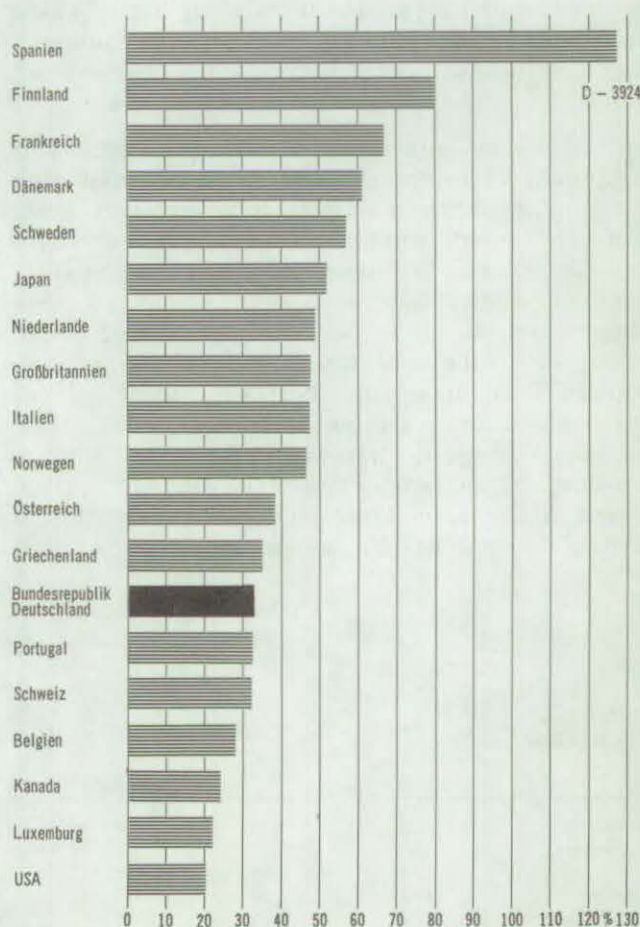
Vergleiche auch: "Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1966" in Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 258 (November) und "Straßenverkehrsunfälle 1967" in Wirtschaft und Statistik 1968, S. 167 (März)

Die Entwicklung der Verbraucherpreise im Bundesgebiet von 1965 bis 1967

Zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der westlichen Industrienationen gehören wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität. Wie aber die Erfahrung zeigte, ließ sich bisher das Ziel, die Preise stabil zu halten, mit der Politik des wirtschaftlichen Wachstums und der Vollbeschäftigung nicht vereinbaren. Denn als unangenehme Begleiterscheinung des wachsenden Sozialprodukts und der Vollbeschäftigung stellte sich ein ständiger Auftrieb der Verbraucherpreise ein.

Als Anhaltspunkt für die durchschnittliche Entwicklung der Verbraucherpreise kann man den Preisindex für die Lebenshaltung nehmen. Dieser Index erhöhte sich in den zwölf Jahren von 1954 bis 1966 in allen westeuropäischen und in den wichtigsten überseeischen Industrieländern mit freier Marktwirtschaft mehr oder weniger stark, wie aus dem nebenstehenden Bild hervorgeht. Die Bundesrepublik Deutschland schneidet bei diesem internationalen Vergleich noch ganz gut ab. In der Zeit von 1954 bis 1966 erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet um ein Drittel. In Frankreich kletterte er dagegen um zwei Drittel und in Spanien sogar um 127%. In Belgien, Kanada, Luxemburg und den Vereinigten Staaten von Amerika stiegen die Verbraucherpreise merklich geringer als in der Bundesrepublik Deutschland. In Griechenland, Portugal und der Schweiz war die Erhöhung der Verbraucherpreise etwa genau so stark wie bei uns.

Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung von 1954 bis 1966 im internationalen Vergleich



Solange in einer vollbeschäftigten wachsenden Wirtschaft die Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen stärker steigen als die Verbraucherpreise, wird die Preiserhöhung zwar bemerkt, aber hingenommen, weil man sich infolge der zunehmenden Realeinkommen einen höheren Lebensstandard leisten kann. Man berechnet das Realeinkommen einer Periode im Vergleich zu einer früheren Periode aus dem Nominal-einkommen, indem man dieses um soviel vermindert (vermehrt) wie es durch Steigerungen (Senkungen) der Verbraucherpreise an Kaufkraft verloren (gewonnen) hat.

Die Zusammenhänge zwischen Nominaleinkommen, Realeinkommen und Veränderung der Verbraucherpreise sollen am Beispiel der buchführenden Indexhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland veranschaulicht werden: Im Bundesgebiet steht als statistisches Ergebnis dafür, wie sich die Verbraucherpreise im Durchschnitt ändern, der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen¹ zur Verfügung. Bei diesen Arbeitnehmerfamilien handelt es sich um verheiratete Arbeiter und Angestellte mit zwei Kindern, von denen mindestens eines jünger als 15 Jahre sein muß. Diese Familien leben in städtischen Haushalten. Ihr nominales Bruttoeinkommen betrug 1962 durchschnittlich 894 DM und 1966 1 180 DM; es stieg also in den vier Jahren um 286 DM oder um 32%. Wenn man feststellen will, was dieser Einkommenszuwachs real bedeutet, muß man berücksichtigen, daß sich der Preisindex in der gleichen Zeit um 12,8% erhöhte. Diese Indexerhöhung entspricht einer Minderung der Kaufkraft um 11,3%. Wenn man die Kaufkraftminderung abrechnet, hat sich das Einkommen dieser Arbeitnehmerfamilien nur auf 1 046 DM erhöht. Die Differenz von 134 DM geht zu Lasten von Preissteigerungen, es bleibt jedoch eine Zunahme des Realeinkommens um 152 DM oder 17%.

Man muß allerdings im Auge behalten, daß es sich beim Preisindex um ein Durchschnittsergebnis für einen ganz bestimmten Familientyp handelt. Sein Anstieg von 1962 bis 1966 um 12,8% erklärt sich zum Beispiel zu gut einem Fünftel aus den kräftigen Mieterhöhungen. Eine Arbeitnehmerfamilie, die in einem Eigenheim wohnt, hatte also bei weitem nicht so stark unter den Steigerungen der Verbraucherpreise zu leiden, wie Haushalte, die in Mietwohnungen leben. Hieran sieht man, daß der Preisindex (Gesamtindex) nur behelfs-

weise als Anhaltspunkt dafür dienen kann, wie sich die Verbraucherpreise für die private Haushaltsführung im allgemeinen entwickeln. Bei den Gruppenindizes sollte man erst recht beachten, daß ihre Aussage nicht ohne weiteres verallgemeinert werden darf. So hängt beispielsweise der Verlauf der Indexziffer für die Bedarfsgruppe "Verkehr" entscheidend davon ab, ob und in welchem Maße der betreffende Haushaltstyp Personautos besitzt. Im Preisindex stieg die Gruppenindexziffer für "Verkehr" von 1962 bis 1967 um 14%. Im Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern kletterte sie dagegen in der gleichen Zeit um 24%. Das erklärt sich daraus, daß die Preise für Anschaffung und Unterhaltung von Personautos bei weitem nicht so stark gestiegen sind wie die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel.

Außer dem Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen und dem Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern gibt es noch einen Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes. Außerdem bereitet das Statistische Bundesamt einen Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit höherem Einkommen und einen Gesamtpreisindex für die Lebenshaltung vor.

Wenn das Sozialprodukt nicht mehr wächst und viele arbeitsfähige und arbeitswillige Einwohner arbeitslos geworden sind, dann werden steigende Verbraucherpreise als beunruhigend oder sogar als unerträglich empfunden. Wie man aus der untenstehenden

Der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen im Bundesgebiet

Jahr	Preisindex für die Lebenshaltung			
	1962 = 100		Anstieg gegenüber dem Vorjahresergebnis in %	
	Jahresdurchschnitt	Dezember	JD gegen JD	Dezember gegen Dezember
1954	85,3	86,3	0,2	2,1
1955	86,7	88,2	1,6	2,2
1956	88,9	89,7	2,5	1,7
1957	90,7	91,6	2,0	2,1
1958	92,7	92,8	2,2	1,3
1959	93,6	94,6	1,0	1,9
1960	94,9	95,5	1,4	1,0
1961	97,1	98,1	2,3	2,7
1962	100	100,7	3,0	2,7
1963	103,0	104,0	3,0	3,3
1964	105,4	106,4	2,3	2,3
1965	109,0	110,9	3,4	4,2
1966	112,8	113,8	3,5	2,6
1967	114,4	114,2	1,4	0,4

1) Vergleiche hierzu: "Der neue Preisindex für die Lebenshaltung" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 1965, S. 148 (Juli). Der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen wird im folgenden kurz Preisindex genannt

Tabelle ersehen kann, hat sich der Preisindex seit 1954 im Bundesgebiet von Jahr zu Jahr mehr oder weniger stark erhöht. Von Monat zu Monat ging er zwar dem üblichen Saisonverlauf folgend nach der neuen Ernte wegen der dann meistens niedrigen Obst-, Gemüse- und Kartoffelpreise vorübergehend etwas zurück, aber im Jahresdurchschnitt übertraf er jedesmal das Ergebnis des Vorjahres. Während der wirtschaftlichen Flaute verlangsamte sich der Anstieg des Preisindex ab Sommer 1966 merklich, dennoch war er in jedem Monat höher als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Das lag besonders an den beharrlich steigenden Mieten.

Übrigens hat sich das Steigen der Verbraucherpreise nicht nur durch den Konjunkturrückgang verlangsamt, sondern auch durch gute Ernteergebnisse, die 1966 zu einem überreichen Angebot an Obst und Gemüse und 1967 zu einem reichlichen Angebot an Gemüse und vor allem an Speisekartoffeln führte. Die Hauptgruppe "Nahrungs- und Genußmittel" gibt nämlich wegen ihres großen Gewichtes, das sie bei den gesamten Ausgaben für die Lebenshaltung und folglich auch bei der Indexberechnung einnimmt, den Ausschlag für die Entwicklung des Preisindex. Deshalb bleibt der Ausgang der Ernte nicht ohne Einfluß auf den Indexverlauf; eine gute Ernte mit reichlichem Angebot drückt auf die Preise von frischem Gemüse, Obst und Kartoffeln. Meistens werden dann auch Obstsäfte sowie Obst- und Gemüsekonserven billiger. Eine schlechte Ernte mit knappem Angebot treibt dagegen die betreffenden Preise hoch. Das Zusammentreffen von guter Ernte und Konjunkturrückgang hat dazu geführt, daß sich 1967 die Nahrungsmittel im Durchschnitt etwas verbilligt haben. Dies kommt leider in der zweiten Tabelle nicht zum Ausdruck, weil die Nahrungs- und Genußmittel hier zusammengefaßt sind, wie es die neue Systematik des privaten Verbrauchs vorsieht. In der alten Systematik sind die Ernährungsgüter einerseits und die Getränke und Tabakwaren andererseits je eine Bedarfsgruppe für sich. Im Jahre 1965 stiegen die Verbraucherpreise für Ernährungsgüter durchschnittlich um 4,5% gegenüber dem Vorjahr; Hochkonjunktur und eine weniger gute Ernte fielen zusammen. 1966 machte der Anstieg der Preisindexziffer für "Ernährung" nur noch 2,4% gegenüber dem Vorjahr aus; die Konjunktur wurde zusehends ruhiger, die Ernte war recht gut. 1967 ging die Preisindexziffer für "Ernährung" um 0,5% gegenüber dem Vorjahr zurück; die Konjunktur durchschritt die Talsohle, die Ernte war wiederum recht gut. In den beiden Jahren 1966 und 1967 zusammen stieg die Preisindexziffer für Nahrungs- und Genußmittel

gegenüber 1965 um 2,8%. Die Preisindexziffer für Ernährung erhöhte sich in der gleichen Zeit um 1,9% und die für Getränke und Tabakwaren um 7,0%.

Obwohl sich die Preise für Nahrungs- und Genußmittel in den letzten zwei Jahren nicht so kräftig erhöhten wie der Durchschnitt, belastet ihre Verteuerung die Wirtschaftskasse der Hausfrauen am stärksten, weil die Nahrungsmittelkäufe unter allen Käufen für die Lebenshaltung die wichtigste Stellung einnehmen. In der Indexberechnung wird z. Z. die Bedeutung der einzelnen Güter anhand der Verbrauchsausgaben von 1962 bemessen. 1962 gaben die buchführenden 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen monatlich im Schnitt 309 DM für Nahrungs- und Genußmittel aus. Das waren 43% ihrer gesamten Ausgaben für den privaten Verbrauch. Mit wachsendem Einkommen und steigenden Lebensstandard nehmen zwar die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel noch zu, aber ihr Anteil an den gesamten Ausgaben für den privaten Verbrauch wird im Verhältnis geringer. So belief sich 1966 der Ausgabenanteil der buchführenden Arbeitnehmerfamilien auf 364 DM oder 39%. Man kann also sagen, daß diese Haushalte von jeder Mark, die sie in den letzten Jahren für ihre private Lebenshaltung ausgaben, etwa 40 Pfennig für Nahrungs- und Genußmittelkäufe verwendeten. Da die Nahrungs- und Genußmittel unter allen Gütern der Lebenshaltung eine so wichtige Bedeutung haben, verdient das Ergebnis, das die Preisindexziffer für Nahrungs- und Genußmittel 1967 gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben ist, besondere Beachtung.

Von allen wichtigen Lebensbedürfnissen hat sich das Wohnen im Verhältnis am meisten verteuert. In den letzten Jahren hatte jedesmal die Gruppe "Wohnungsmiete" die bei weitem höchste Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr. Von 1965 bis 1967 schnellte ihre Indexziffer um nahezu 17% in die Höhe, während der Preisindex für die gesamte Lebenshaltung in der gleichen Zeit nur um 5% zunahm. Die Wohnungsmieten sind also in den letzten beiden Jahren mehr als dreimal so kräftig gestiegen wie die Preise der gesamten Lebenshaltung. Die beachtliche Erhöhung der Wohnungsmieten² hängt mit der Überführung des Wohnungsmarktes in die freie Marktwirtschaft zusammen, die mit dem Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht eingeleitet wurde. Die Altbaukosten sind

2) Die Mieten frei finanzierter Neubauwohnungen sind in die Berechnung des hier verwendeten Preisindex nicht einbezogen worden. Sie werden in den Preisindex für die Lebenshaltung von Haushalten mit höherem Einkommen, der im Statistischen Bundesamt vorbereitet wird, hineingenommen.

Der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen
im Bundesgebiet

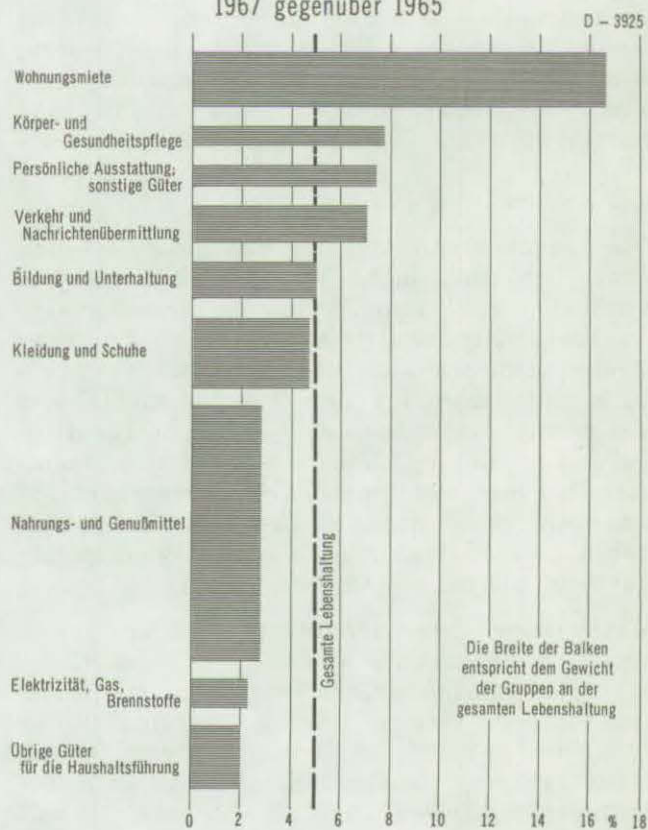
Hauptgruppen (Waren und Dienstleistungen)	Index 1962 = 100			Änderung gegenüber dem Vorjahr in %		
	1965	1966	1967	1965	1966	1967
Nahrungs- und Genußmittel	109,0	112,0	112,0	+ 3,8	+ 2,8	0,0
Kleidung und Schuhe	107,1	110,5	112,1	+ 2,7	+ 3,2	+ 1,4
Wohnungsmiete	118,5	129,7	138,2	+ 5,7	+ 9,5	+ 6,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	106,1	107,5	108,5	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,9
Übrige Güter für die Haushaltsführung	106,2	108,3	108,3	+ 2,7	+ 2,0	0,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	106,8	111,2	114,3	+ 1,0	+ 4,1	+ 2,8
Körper- und Gesundheitspflege	109,2	115,2	117,6	+ 3,4	+ 5,5	+ 2,1
Bildung und Unterhaltung	106,3	109,2	111,6	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2
Persönliche Ausstattung; sonstige Güter	109,7	113,4	117,8	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,9
Gesamtlebenshaltung	109,0	112,8	114,4	+ 3,4	+ 3,5	+ 1,4

erheblich stärker geklettert als die Mieten der im sozialen Wohnungsbau erstellten Neubauwohnungen. Die Ursache hierfür liegt darin, daß auch in weißen Kreisen die Mieten für öffentlich geförderte Bauten solange gewissen Bindungen unterliegen, bis die öffentlichen Darlehen zurückgezahlt sind.

Nach den Wohnungsmieten haben sich die Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege am meisten verteuert. Die Preisindexziffer für diese Gütergruppe erhöhte sich von 1965 bis 1967 um fast 8%. An dieser beachtlichen Verteuerung waren insbesondere die Dienstleistungen für die Körperpflege beteiligt. So kletterte die Preisindexziffer für Friseurleistungen in den beiden Jahren um nahezu 11% in die Höhe. Die Preissteigerungen in diesem Bereich waren besonders 1966 sehr ausgeprägt, was auch aus der Tabelle hervorgeht. Allerdings hat diese Gütergruppe von allen neun Hauptgruppen der Lebenshaltung das geringste Gewicht. Von jeder Mark, die die Indexfamilie 1962 für den privaten Verbrauch ausgaben, entfielen nur 3 Pfennig auf Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege. Dieses geringe Gewicht erklärt sich daraus, daß diese Familien die Arzt- und Krankenhausleistungen sowie die Arzneimittel weitgehend von den gesetzlichen Krankenversicherungen als Sachleistung erhalten.

Wie das nebenstehende Bild zeigt, rangierte nach dem Ausmaß der Preiserhöhung die Hauptgruppe "Persönliche Ausstattung, sonstige Güter" an dritter Stelle. Hierzu gehören Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes (einschließlich Urlaubsreisen), der Versicherungen sowie Uhren und Schmuck. Die Preisindexziffer für diese Gütergruppe erhöhte sich von 1965 bis 1967 um 7,4%. Bei dieser Preiserhöhung spielte die Verteuerung der Dienstleistungen im Beherbergungsgewerbe eine ausschlaggebende Rolle. So erhöhte sich

DER PREISANSTIEG
in den Hauptgruppen der Lebenshaltung
1967 gegenüber 1965



die Preisindexziffer für Dienstleistungen von 1965 bis 1967 um 9%. Im Jahre 1967 hatte die Hauptgruppe "Persönliche Ausstattung, sonstige Güter" nach den Wohnungsmieten den höchsten Preisanstieg (+ 3,9%) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Nur in dieser Gruppe war die Steigerung der Preisindexziffer 1967 größer als 1966; in den übrigen acht Hauptgruppen der Lebenshaltung war die Zuwachsrate 1967 jeweils kleiner als 1966.

Die Preisindexziffer für die Hauptgruppe "Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung" kletterte

in den zwei Jahren von 1965 bis 1967 um 7%. Diese Verteuerung ist zu einem wesentlichen Teil zurückzuführen auf Preissteigerungen für Dienstleistungen der öffentlichen Verkehrsbetriebe, der Bundespost und privater Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten. So wurde beispielsweise die Nachrichtenübermittlung der Bundespost durch Gebührenerhöhungen allein im April 1966 um 32% teurer. Infolge der Sperrung des Suezkanals lagende Verbraucherpreise für Kraftstoffe in der zweiten Hälfte des Jahres 1967 um 7,9% höher als in der ersten Hälfte des Jahres.

Die Preisindexziffer für Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke stieg in den betrachteten zwei Jahren um 5%. Zu dieser Gruppe gehören die Anschaffungen von Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten, von Fotoapparaten und Spielzeug, ferner die Ausgaben für Bücher, Zeitungen und Schreibmaterialien, außerdem zählen hierzu die Eintrittspreise für Theater, Kino, Sport- und ähnliche Veranstaltungen. Von jeder Mark, die die Indexfamilie 1962 für ihren privaten Verbrauch insgesamt aufwendete, gab sie gut 6 Pfennig für Bildung und Unterhaltung aus.

Die Ausgaben für Kleidung und Schuhe stellen nach den Nahrungs- und Genußmitteln die zweitwichtigste Hauptgruppe in der privaten Lebenshaltung dar. Die Preisindexziffer dieser Gruppe erhöhte sich von 1965 bis 1967 um 4,7%. Wie man aus der Tabelle sieht, war die Zuwachsrate im Jahre 1967 beträchtlich geringer als im Jahre 1966. Dabei haben sich Schuhe merklich stärker verteuert als Oberbekleidung und sonstige Bekleidung. Bei der sonstigen Bekleidung war der Preisanstieg geringer als bei der Oberbekleidung.

Weit unter Durchschnitt sind Elektrizität, Gas und Brennstoffe sowie die übrigen Güter für die Haushaltsführung teurer geworden. Zur letzten Gruppe, deren Preisindexziffer sich nur um 2% erhöhte, gehören Möbel, Heimtextilien, Haushaltsmaschinen und Haushaltsgeräte, Gebrauchsgüter für die Gartenpflege, Waschmittel und übrige Mittel für die Haushaltsreinigung, Wohnungsreparaturen, Haushaltshilfen sowie Dienstleistungen der Wäschereien und der Reinigungsfirmen. Diese Sammelgruppe hat nach den Nahrungs- und

Genußmitteln und der Hauptgruppe Kleidung und Schuhe das drittgrößte Gewicht bei der Ausgabengestaltung der buchführenden Indexhaushalte und infolgedessen auch bei der Indexberechnung.

Nach der Einführung der Mehrwertsteuer erhöhte sich der Preisindex im Januar 1968 gegenüber Dezember 1967 um 1,3%. Dieser Anstieg ist nicht allein auf die Änderung des Umsatzsteuersystems zurückzuführen. So steht die Erhöhung der Wohnungsmieten um 1,6% nicht im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer. Auch bei den Preisbewegungen der besonders saison-, ernte- und witterungsabhängigen Nahrungsmittel (+ 5,4%) war nicht die Mehrwertsteuer ausschlaggebend. Wenn man diese beiden Gütergruppen aus der Berechnung ausklammert, bleibt ein Indexanstieg von Mitte Dezember bis Mitte Januar um 1,0%. Die stärksten Preiserhöhungen wurden bei den Dienstleistungen sowie bei Strom und Gas beobachtet. Im einzelnen erhöhte sich die Preisindexziffer (von Mitte Dezember 1967 bis Mitte Januar 1968)

bei den Gaststättenleistungen	um 6 %
bei den Handwerkerleistungen	um 5,3 %
bei den örtlichen Tarifen für Strom	um 6,3 %
bei den örtlichen Tarifen für Gas	um 9,9 %
bei den örtlichen Verkehrstarifen	um 5,2 %
bei den Filmtheatern	um 6,4 %
bei den Fortbildungskursen	um 6,7 %

Hierbei muß berücksichtigt werden, daß es sich um Bundesdurchschnittsergebnisse handelt. Im einzelnen sind viele Preise in den erwähnten Gütergruppen sehr viel stärker gestiegen als der Durchschnitt und viele Preise haben sich gar nicht erhöht oder sind sogar zurückgegangen. Bemerkenswert ist, daß der Preisindex von Mitte Januar bis Mitte Mai 1968 konstant geblieben ist. Das weitere Steigen der Mieten und der Preise für einige Dienstleistungen wurde durch Preissenkungen bei Nahrungs- und Genußmitteln und den saisonüblichen Rückgang der Kohle- und Heizölpreise ausgeglichen.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Der Anstieg der Verbraucherpreise von 1962 bis 1965" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 1966 S. 204 (September)

Erläuterungen: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1 - 5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt, Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 20. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1968

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968				
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerungsstand (Monatsende)	I 000	2 267	2 487	2 478	2 482	2 485	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 687	2 049	1 501	2 007	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,1	9,7	7,4	9,5	
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 779	4 205	3 919	4 060	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	18,2	20,0	19,2	19,3	
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 463	2 528	2 494	2 508	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	11,9	12,0	12,2	11,9	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	71	75	66	70	
* je 1 000 Lebendgeborene		32,6	18,7	17,8	16,8	17,2	
*Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 316	1 677	1 425	1 552	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	6,3	8,0	7,0	7,4	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 406	6 693	8 998	8 129	5 704	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 455	5 978	7 104	6 202	5 148	
*Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	951	715	1 894	1 927	556	
*Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	10 608	9 401	12 850	10 193	9 203	
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	24 469	22 072	28 952	24 524	20 055	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	169	150	205	165	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	50	22	29	25	21	30	24	18	13	
darunter *Männer	1 000	31	16	22	18	15	23	18	12	9	
Offene Stellen	1 000	5	10	12	11	12	11	14	14	15	
darunter für Männer	1 000	3	4	4	4	5	4	6	6	6	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 395 ^a	
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	513 ^a	
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 752 ^a	1 661	.	.	.	1 726	.	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	180 ^a	175	.	.	.	176	.	.	
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	111 ^a	112	.	.	.	107	.	.	
Schlachtungen von Inlandtieren ⁵⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	29	24	25	24	22	23	25	24	
*Kälber	1 000 St.	5	4	6	5	5	5	5	5	4	
*Schweine	1 000 St.	81 ^b	167 ^c	160	161	155	178	184	181	179	
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	11	8	5	20	14	8	6	
*Gesamtschlachtgewicht											
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	20,8	18,9	19,6	19,1	19,2	20,7	21,1	21,2	
darunter											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,7	5,5	5,9	5,4	5,1	5,5	5,8	5,7	
*Schweine	1 000 t	5,9	13,8	12,9	13,4	13,4	13,8	14,8	15,0	15,3	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder	kg	223	235	234	241	229	242	242	240	233	
Kälber	kg	49	58	58	56	60	57	55	56	57	
Schweine	kg	89	89	87	88	89	87	87	87	88	
Milcherzeugung											
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	178	216	228	248	179	224	235	251	
darunter *an Molkereien geliefert	%	87	90	89	91	92	90	91	92	93	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	13,6	14,9	15,7	12,0	14,1	15,3	15,8	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1967/68 = 18

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	171	171	170	170	171	171	171	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	132	131	131	131	130	131	131	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	21 114	21 629	20 856	20 732	21 643	22 296	21 940	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	102,5	100,4	94,5	104,1	97,2	100,5	105,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	43,7	42,3	42,1	42,8	44,4	44,6	45,4	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	43	43	45	43	36	36	38	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	10 901	10 505	10 901	12 587	9 526	10 936	10 528	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	79	82	83	78	82	85	80	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	128	125	128	125	131	138	132	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	40	39	40	37	36	46	37	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	813	782	817	790	798	920	847	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	107	83	92	119	82	173	108	...
Produktionsindex	1958=100	100	143	141	145	146	144	150
Steine und Erden		100	160	134	165	172	115	127
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	117	110	120	116	129	138
Schnittholz und Sperrholz		100	90	94	95	95	89	93
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	129	141	134	152	155
Gummi- und Asbestwaren		100	190	162	214	223	234	247
Wasserfahrzeuge		100	91	90	96	91	97	97
Maschinenbauerzeugnisse		100	136	134	157	140	112	133
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	145	115	140	125	149	160
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	189	176	194	193	213	161
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	177	170	175	174	185	155
Leder		100	16	22	20	18	14	11
Schuhe		100	82	92	91	39	86	91
Textilien		100	82	81	91	88	99	100
Bekleidung		100	110	124	124	90	125	127
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	192	163	168	188	230	214
Fisch und Fischerzeugnisse		100	150	146	157	134	157	227
Milcherzeugnisse		100	149	181	194	227	164	194
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	137	123	138	150	95	112
Handwerk (Meßziffern) ¹²⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	.	97	95	.	.	.	97	.	.
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	.	125	106	.	.	.	93	.	.
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	.	129	111	.	.	.	94	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	156	189	181	161	177	163
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	322	327	309	293	358	360
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	24	27	24	19	25	24

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschließlich gewerblicher Lehrlinge 9) einschließlich Lehrlingsstunden

10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) ohne Umsatz in Handelsware, aber zuzüglich Umsatzsteuer 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)		55 228	60 744	57 861	59 283	60 462	58 438	59 540	60 609	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	8 644	8 163	8 782	9 373	6 269	7 359	9 235	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 930	3 870	4 121	4 372	2 737	3 263	4 071	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 295	3 012	3 271	3 526	2 359	2 781	3 630	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	46,8	43,2	45,6	50,9	34,9	40,6	52,9	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,3	4,3	4,3	4,5	4,5	4,5	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	152,9	107,7	120,8	142,3	62,4	69,9	71,0	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	834	794	958	741	587	733
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	148	137	128	116	114	125
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	126,1	112,1	181,1	97,7	90,9	112,0
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,5	83,9	134,4	76,4	60,8	82,4
*Umbauter Raum insgesamt										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 279	1 159	1 674	1 056	890	1 123
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	842	776	1 226	709	527	753
*Wohnungen		2 109	2 321	2 097	3 712	2 065	1 379	2 117
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 070	1 838	3 461	1 785	1 239	1 880
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 391	962	1 200	1 447	1 626
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 512	4 274	5 064	6 033	7 005
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	850	432	852	532	648	1 096	866	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 064	562	1 032	1 310	461	1 019	298	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	24 194	20 503	22 327	21 016	21 041	21 823	23 565	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	32 465	32 306	28 891	30 157	35 872	39 347	31 947	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	128,4	111,2	135,0	149,2	136,6	148,6	151,5	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	13,0	10,6	11,3	11,2	16,9	17,8	16,8	...
*Gewerblichen Wirtschaft:	Mill. DM	62,6	115,4	100,7	123,7	138,0	119,7	130,8	134,7	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,8	4,1	4,0	3,3	3,9	4,2	3,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	10,1	10,7	10,9	10,3	9,0	14,3	9,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	101,5	85,8	108,9	124,3	106,8	112,3	121,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	9,0	7,0	9,1	9,0	8,8	9,6	10,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	92,5	78,8	99,7	115,3	98,0	102,6	111,2	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	37,1	34,7	36,6	39,3	40,6	48,4	45,4	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	10,3	10,2	10,5	14,0	12,7	10,7	12,1	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	13,7	12,0	12,5	12,5	13,4	18,0	17,2	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,7	33,3	60,5	53,9	36,1	60,0	39,8	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	10,2	8,0	9,3	7,9	9,0	14,8	15,3	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,7	4,6	5,0	5,0	11,3	5,7	6,7	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	8,6	3,6	3,1	26,2	2,1	23,2	2,2	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,4	5,6	33,8	5,1	5,2	6,3	6,4	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	169	93	102	175	63	78	113	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	20	13	13	20	6	8	17	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 240	318	334	864	195	262	415	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	40	23	23	34	11	14	28	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

			1958	1967	1967			1968			
			Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Verkehr											
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t		126	237	243	228	227	236	237	236	237
*Güterversand	1 000 t		195	374	329	385	396	330	310	391	430
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge			3 262	5 033	6 880	6 120	5 992	4 407	6 599
darunter											
Krafträder (einschließlich Motorroller)			227	13	19	20	18	5	17
*Personenkraftwagen			2 107	3 962	5 629	4 948	4 865	3 637	5 413
*Kombinationskraftwagen			175	393	445	446	480	311	500
*Lastkraftwagen			293	348	410	400	375	329	444
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden			918	1 191	951	1 109	1 290	949	1 062	p 1 035	p 1 264
*Getötete Personen			40	62	33	51	56	50	54	p 51	p 55
*Verletzte Personen			1 130	1 604	1 274	1 478	1 827	1 267	1 489	p 1 382	p 1 684
Geld und Kredit											
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)											
*Kredite an Nichtbanken											
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		3 105 ^d	9 685 ^d	9 185	9 211	9 260	9 656	9 738	9 841	...
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM		939 ^d	2 312 ^d	2 188	2 183	2 181	2 204	2 259	2 311	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		928 ^d	2 290 ^d	2 173	2 155	2 169	2 166	2 237	2 282	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM		2 165 ^d	7 373 ^d	6 997	7 029	7 079	7 453	7 479	7 530	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		1 864 ^d	6 237 ^d	5 979	6 001	6 045	6 276	6 298	6 338	...
*Einlagen von Nichtbanken											
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		2 067 ^d	6 461 ^d	5 720	5 828	5 850	6 547	6 608	6 708	...
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM		1 012 ^d	2 303 ^d	1 924	2 009	2 017	2 272	2 310	2 390	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM		857 ^d	1 874 ^d	1 573	1 624	1 616	1 842	1 833	1 879	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM		1 054 ^d	4 156 ^d	3 796	3 818	3 833	4 275	4 298	4 319	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM		706 ^d	2 710 ^d	2 493	2 507	2 515	2 780	2 796	2 808	2 821
*bei Kreditbanken	Mill. DM		.	858 ^d	773	777	781	885	889
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM		57	194	165	155	153	198	182
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM		41	153	137	133	138	142	158
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)			9	10	7	11	9	19	11	8	12
Vergleichsverfahren (eröffnete)			2	2	3	1	2	2	3	2	-
Wechselproteste	Anzahl		636	819	845	840	916	638	683
	Wert	1 000 DM	465	1 021	1 119	1 172	1 085	719	840
Steuern											
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM		32 185	88 247	130 126	55 311	61 398	68 437	140 001	57 378	62 195
darunter											
*Vermögensteuer	1 000 DM		1 463	4 369	1 483	1 028	10 955	9 823	581	566	10 027
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM		3 596	10 302	11 619	11 066	10 062	10 285	11 373	12 273	10 941
*Biersteuer	1 000 DM		420	816	548	566	746	782	558	609	672
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		24 497	67 843	111 464	38 127	34 693	40 710	122 659	38 808	34 447
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM		93 577	163 523	175 880	137 127	135 023	131 995	176 088	127 361	139 796
darunter											
*Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer	1 000 DM		26 688	52 109	41 355	49 118	44 122	30 706	14 614	23 888	27 480
*Umsatzausgleichsteuer/Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM		3 113	5 089	1 433	3 997	4 822	8 732	11 330	12 650	11 034
*Beförderungsteuer	1 000 DM		1 034	1 557	1 378	1 443	1 522	134	61	54	26
*Zölle	1 000 DM		7 838	6 051	6 210	6 159	7 358	4 900	6 882	5 743	6 818
*Verbrauchssteuern	1 000 DM		41 358	58 872	60 040	54 016	56 823	63 514	67 828	62 030	73 992
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM		32 960	39 604	34 571	35 050	36 665	41 104	38 065	37 873	36 554
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		13 191	39 844	65 463	22 392	20 375	23 909	72 038	22 792	20 231
Notopfer Berlin	1 000 DM		354	2	1	2	2	1	-	0	1
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM		5 396	4 745	2 128	2 497	8 802	9 002	1 916	2 485	8 865
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM		37 688	107 687	176 927	60 519	55 068	64 619	194 696	61 599	54 677
davon											
*Lohnsteuer	1 000 DM		14 013	51 319	31 770	40 030	35 447	52 608	40 171	43 974	39 172
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM		15 925	46 019	117 637	18 885	14 718	10 160	120 748	14 105	10 668
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM		428	1 148	548	486	555	282	873	349	679
*Körperschaftsteuer	1 000 DM		7 328	9 202	26 972	1 118	4 348	1 568	32 905	3 172	4 158

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschließlich durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1967	1967			1968			
		Monats-Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	105 039 ⁺	106 789 ^e	.	.	.	104 294 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 175 ⁺	7 247 ^e	.	.	.	7 272 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	17 664 ⁺	18 758 ^e	.	.	.	19 504 ^e	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	72 078 ⁺	72 115 ^e	.	.	.	69 093 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 121 ⁺	8 669 ^e	.	.	.	8 425 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 956 ⁺	6 875 ^e	.	.	.	8 279 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	105,9	106,1	105,2	104,9	107,0	107,7	106,0	...
Verkaufspreise für Ausfuhrüter	1962=100	.	106,9	106,9	106,8	106,6	106,3 ^f	106,1 ^f	105,6 ^f	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	104,0	105,5	103,6	103,0	101,5 ^f p	101,4 ^f p	99,3 ^f	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9 ^h	105,4	104,7	104,6	99,8 ^f	99,6 ^f	99,1 ^f	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^g	109,3 ^h	108,7	106,5	105,1 p	97,9 ^f p	98,3 ^f p	96,5 ^f	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	115,9	.	.	116,0	119,9
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100	90,8 ^g	109,9 ^h	110,9	111,1	110,5	104,8 ^f	105,0 ^f	104,5 ^f	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ⁱ⁾	100	120	120	120	120	120	120	120	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	114,4	114,3	114,5	114,8	115,6	115,7	115,7	115,8
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	112,4	112,8	113,4	111,3	111,2	111,2	111,1
Kleidung, Schuhe		.	112,1	112,2	112,2	112,2	111,9	111,9	111,9	111,8
Wohnungsmieten		.	138,2	136,0	137,4	137,8	144,0	145,0	146,2	147,5
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	108,5	109,4	106,0	106,1	117,2	117,0	113,6	113,1
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,6	108,5	108,4	108,2	108,2	108,1	108,1
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste							Jan.			
*männlich	DM	117	223	.	222	.	221
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	233	.	233
*weiblich	DM	68	135	.	134	.	136
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	5,03	.	5,00	.	5,04
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,33	.	5,28	.	5,34
*weiblich	DM	1,53	3,37	.	3,37	.	3,37
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	44,1	.	44,3	.	43,8
*weiblich	Std.	44,2	40,1	.	39,7	.	49,5
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,0	.	42,8	.	40,8
*weiblich	Std.	41,4	38,3	.	38,6	.	37,8
Angestellte, Bruttomonatsverdienste in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 155	.	1 152	.	1 188
*weiblich	DM	382	752	.	748	.	770
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 243	.	1 241	.	1 254
*weiblich	DM	403	773	.	768	.	790
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	1 001	.	991	.	1 032
*weiblich	DM	331	621	.	614	.	664
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 130	.	1 109	.	1 133
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 048	.	1 040	.	1 079
*weiblich	DM	347	658	.	652	.	695
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 234	.	1 231	.	1 244
*weiblich	DM	391	771	.	769	.	790

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschließlich Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.1. - 31.3. f) ohne Mehrwertsteuer

g) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni)

h) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni)

i) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
Ereignisse je 1 000 Einwohner				in 1 000		in 1000					
1962	2 341	9,7	17,6	11,9	13	9	992	134	389	217	253
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280
1967	2 487	8,1	18,2	11,9	16	11	971	119	358	213	280

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 2.5. ²⁾			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt				Netto-Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
in 1 000												
1962	224	41	33	12 167	10,3	5 197	9 382	9 452
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 193	8,4	5 934	10 158	11 023
1965	225	41	34	27	44	22	7	p 15 570	p 9,7	p 6 426	p 10 716	p 11 907
1966	231	41	37	26	45	23	7	p 16 700	p 7,4	p 6 800	p 11 100	.
1967	222	42	40	23	46	24	8	p 17 300	p 3,2	.	p 11 500	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 4)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ³⁾			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe			Rinder	Schweine					
	in 1 000				in 1 000						
1962	1 306	478	1 655	4 265	356	2 307	1 902	4 076	1 263	768	448
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521
1967	1 395	513	1 752	5 035	2 139	4 188	1 407	515	533

Jahr	Industrie ⁵⁾											Bau- haupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch			Produk- tions- index der Industrie 7) 1958=100	
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 6)	Heizöl			
									ins- gesamt	schwer		
												1 000 t
in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM								
1962	176	143	290	934	315	7 446	868	745	670	593	124	68
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840	733	132	71
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920	792	137	70
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	585	937	787	142	68
1967	171	132	253	1 230	524	9 757	1 289	516	952	791	p 142	62

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen 2) für 1967 = 15,2. 3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 4) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 5) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 6) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 7) arbeitstäglich; einschließlich Energie und Bau 8) bis einschließlich 1962 Stichtag = 31. 7.; ab 1962 einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.3.1968			Bevölkerungsveränderung im März 1968			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1968 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- oder Sterbe- überschuß (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	95 994	- 0,2	- 0,9	19	- 232	- 213	34	2	38
KIEL	269 134	- 0,1	- 0,3	54	- 197	- 143	126	2	161
LÜBECK	242 393	+ 0,0	+ 0,0	54	18	72	138	2	180
NEUMÜNSTER	73 161	+ 0,1	- 0,7	35	70	105	55	2	66
Eckernförde	73 543	+ 0,4	+ 3,2	41	272	313	33	4	51
Eiderstedt	19 832	+ 0,3	+ 0,7	20	36	56	9	-	12
Eutin	95 222	+ 0,0	+ 1,0	19	24	43	61	2	86
Flensburg-Land	72 715	+ 0,1	+ 2,1	42	- 3	39	38	1	65
Hzgt. Lauenburg	141 484	+ 0,0	+ 1,2	49	- 46	3	61	2	68
Husum	86 292	+ 0,1	+ 0,7	28	50	78	34	1	53
Norderdithmarschen	61 608	+ 0,1	+ 2,1	48	- 14	34	24	1	29
Oldenburg in Holstein	86 084	- 0,0	+ 0,8	- 5	- 38	- 43	44	2	62
Pinneberg	260 967	+ 0,2	+ 1,8	190	424	614	108	4	134
Plön	117 743	+ 0,1	+ 0,7	78	6	84	66	6	94
Rendsburg	165 941	+ 0,0	+ 0,9	83	- 71	12	74	5	92
Schleswig	101 143	+ 0,1	+ 0,9	33	101	134	38	1	50
Segeberg	112 287	+ 0,2	+ 3,2	91	97	188	78	4	106
Steinburg	128 247	- 0,0	+ 0,7	35	- 70	- 35	65	5	92
Stormarn	177 068	+ 0,4	+ 3,8	128	505	633	102	2	145
Süderdithmarschen	73 444	+ 0,0	- 0,4	4	5	9	34	2	50
Südtondern	70 267	- 0,2	+ 1,6	52	- 209	- 157	42	5	50
Schleswig-Holstein	2 504 569	+ 0,1	+ 1,1	1 098	728	1 826	1 264	55	1 684

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Kraftfahrzeug- bestand am 1. 1. 1968		Pkw ⁵⁾ je 1 000 Einwohner am 1. 7. 1967
	Betriebe am 30. 4. 1968	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im April 1968 in Müll. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 30. 4. 1968	je 1 000 Einwohner am 31. 12. 1967				
FLensburg	67	6 695	68	29,3	19 605	17 371	176
KIEL	167	30 239	113	77,4	55 066	48 763	177
LÜBECK	143	30 300	129	100,0	45 899	39 827	161
NEUMÜNSTER	60	10 118	132	23,5	15 242	13 321	180
Eckernförde	34	1 775	23	6,7	17 976	13 460	180
Eiderstedt	9	423	21	2,4	5 054	3 727	182
Eutin	47	3 760	38	17,8	21 886	17 501	179
Flensburg-Land	33	886	11	6,4	20 818	15 237	206
Hzgt. Lauenburg	93	8 362	59	31,6	33 514	26 297	181
Husum	24	1 249	18	10,9	17 098	12 427	187
Norderdithmarschen	33	1 397	24	3,5	15 281	11 223	181
Oldenburg in Holstein	29	1 464	17	9,1	19 810	14 688	166
Pinneberg	258	24 658	88	128,9	58 710	49 557	187
Plön	54	2 788	22	15,4	28 699	21 807	181
Rendsburg	101	8 936	53	35,9	40 652	30 757	181
Schleswig	42	3 305	33	36,8	26 263	19 436	188
Segeberg	89	5 600	49	27,7	31 096	23 096	202
Steinburg	89	10 236	78	49,7	29 705	22 720	173
Stormarn	132	14 192	78	130,1	42 916	35 547	197
Süderdithmarschen	38	4 064	57	43,2	18 667	13 616	179
Südtondern	13	968	14	7,6	17 828	13 472	183
Schleswig-Holstein	1 555	171 415	68	793,9	581 785	463 850	181

1) nach dem Gebietsstand vom 31.3.1968

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) ohne Umsatz in Handelsware und

ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1967			Offene Stellen am 30. 4. 1968 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 31. 3. 1968 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im April 1968			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 4. 3. 1968	Rindvieh am 4. 12. 1967	
		VZ 1961	31. 12. 1966							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 500	+ 7,9	+ 1,1	14	12	235	91,6	15,3	1 726	1 395	513
Hamburg	1 833	+ 0,0	- 0,8	16	24	3	86,3	15,5	22	16	5
Niedersachsen	6 993	+ 5,3	+ 0,4	42	50	450	88,2	14,4	5 300	2 719	1 037
Bremen	752	+ 6,4	+ 0,3	5	6	2	78,2	14,0	12	17	5
Nordrhein-Westfalen	16 843	+ 5,9	+ 0,0	120	290	323	91,3	13,6	3 631	1 932	791
Hessen	5 263	+ 9,3	+ 0,4	42	113	133	78,7	11,6	1 348	939	384
Rheinland-Pfalz	3 625	+ 6,1	+ 0,4	18	31	95	75,2	10,7	857	761	297
Baden-Württemberg	8 566	+ 10,4	+ 0,4	92	259	233	74,9	9,4	2 119	1 905	831
Bayern	10 280	+ 8,0	+ 0,6	72	133	563	75,8	9,5	4 193	4 222	1 971
Saarland	1 131	+ 5,5	- 0,1	3	14	11	77,1	11,7	78	73	30
Berlin (West)	2 163	- 1,6	- 1,0	20	17	1	20,9	15,8	.	2	1
Bundesgebiet	59 949	+ 6,7	+ 0,3	443	951	2 049	82,9	11,6	19 285 ^a	13 981	5 866

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Dezember 1967			
	Beschäftigte		Umsatz ²⁾ im Januar 1968		Produktions-index 1958=100 im Januar 1968	Beschäftigte am 31. 12. 1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31. 1. 1968	je 1 000 Einw. am 31. 12. 1967	Mill. DM	Auslands-umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	170	68	752	11	131	62	25	27 856	11,1	28 694	11,5
Hamburg	202	108	1 285	13	.	44	24	15 509	8,5	18 003	9,8
Niedersachsen	698	100	2 951	22	.	177	25	58 914	8,4	65 791 ^b	9,4
Bremen	92	123	546	16	.	21	27	6 006	8,0	7 100 ^b	9,4
Nordrhein-Westfalen	2 502	149	10 593	16	.	380	23	136 959	8,1	145 176	8,6
Hessen	666	127	2 413	23	161	137	26	50 184	9,5	59 824	11,4
Rheinland-Pfalz	357	99	1 540	20	223	88	24	30 000	8,3	29 592	8,2
Baden-Württemberg	1 415	165	4 904	18	.	214	25	82 116	9,6	87 756	10,2
Bayern	1 228	120	4 207	15	.	265	26	93 509	9,1	104 455	10,2
Saarland	149	133	411	32	.	24	21	6 068	5,4	7 499	6,6
Berlin (West)	246	114	968	10	.	47	22	25 631	11,8	18 411	8,5
Bundesgebiet	7 723	129	30 570	17	.	1 457	24	532 752	8,9	572 301 ^b	9,5

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 1. 1968		*Pkw ⁴⁾⁵⁾ je 1 000 Ein- wohner am 1. 7. 1967	Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im März 1968				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 31. 3. 1968 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 1. Vj. 1968		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 8)	Bundes- 8)	Gemeinde-
in 1 000		steuern in DM je Einw.									
Schleswig-Holstein	582	464	181	1 062	54	1 489	145	1 720	114	186	...
Hamburg	418	373	201	944	29	1 236	134	3 283	327	1 159	...
Niedersachsen	1 652	1 301	182	3 003	175	4 237	147	2 132	115	163	...
Bremen	156	137	179	298	7	341	117	2 428	212	691	...
Nordrhein-Westfalen	3 560	3 038	177	7 403	304	9 631	134	2 512	161	253	...
Hessen	1 304	1 067	198	2 270	116	3 121	143	2 554	188	220	...
Rheinland-Pfalz	863	664	178	1 555	92	2 160	145	2 102	117	173	...
Baden-Württemberg	2 148	1 710	195	3 294	177	4 665	147	2 551	179	235	...
Bayern	2 652	1 977	187	4 070	198	5 806	148	2 431	143	186	...
Saarland	226	188	162	410	20	584	147	1 908	108	146	...
Berlin (West)	390	349	157	969	30	1 206	128	1 859	113	368	...
Bundesgebiet	14 005 ^c	11 293 ^c	184	25 278	1 202	34 476	141	2 393	156	254	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Energieversorgung und Bauindustrie 2) zuzüglich Umsatzsteuer
 3) ohne Bau und ohne Energie, arbeitstäglich 4) ohne Bundespost und Bundesbahn 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
 6) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 7) ohne Postspareinlagen 8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten
 a) ohne Berlin b) vorläufige Ergebnisse c) einschließlich Bundesbahn und -post: 55 000 Kfz und 25 000 Pkw

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Bevölkerungsbewegung	
Wanderungen 1966	4/75
Gesundheitswesen	
Krankenhäuser 1966	3/55
Unterricht, Bildung und Kultur	
Schülerzahlen, Entwicklung der —	5/99
Volkshochschulen	3/51
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Anbau und Ernte 1967	4/80
Baumschulen	2/42
Geflügelwirtschaft	5/107
Gemüseanbau	2/47
Kartoffeln	1/7
Unternehmen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1965-1967	6/140
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	1/3
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 2)	2/32
Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 3)	3/57
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr 1967	3/64
Geld und Kredit, Versicherungen	
Zahlungsschwierigkeiten 1965-1967	6/136
Öffentliche Finanzen	
Gemeindesteuern 1967	3/69
Investitionskraft der Gemeinden	6/123
Landeshaushalt 1966	4/85
Löhne und Gehälter 1965	1/19
Steueraufkommen 1967	2/46
Umsätze in freien Berufen	3/71

Preise

Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preisindex — 1/14

Löhne und Gehälter

Arbeitszeiten Industrie 5/114

Verdienste in Industrie und Handel (Teil 1) 5/118

Verdienste in Industrie und Handel (Teil 2) 6/128

Versorgung und Verbrauch

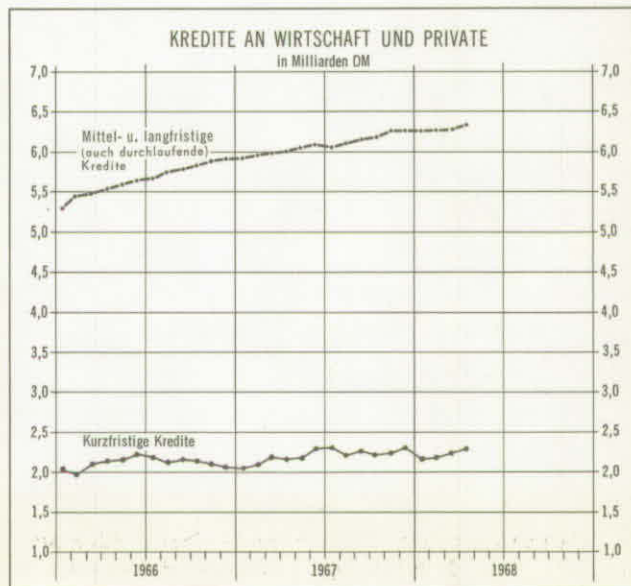
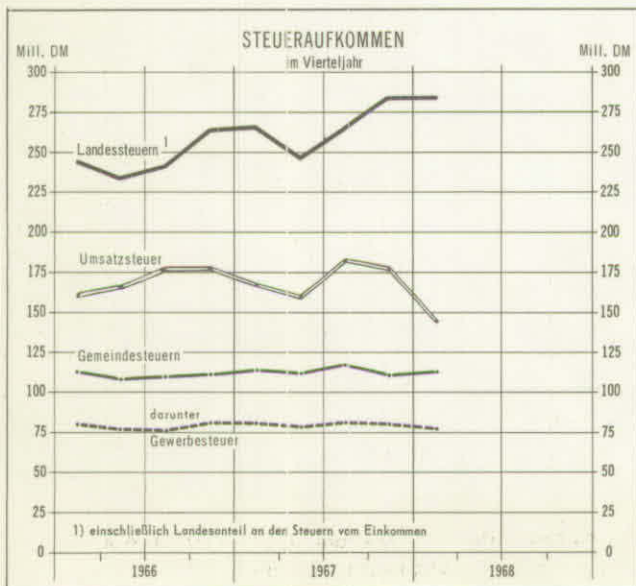
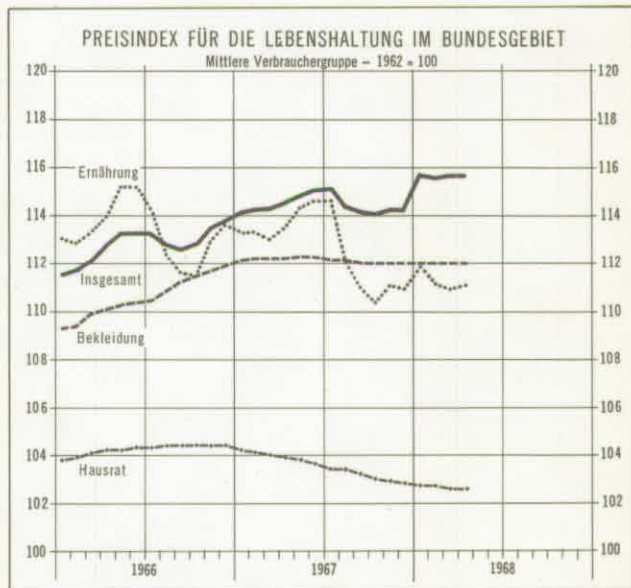
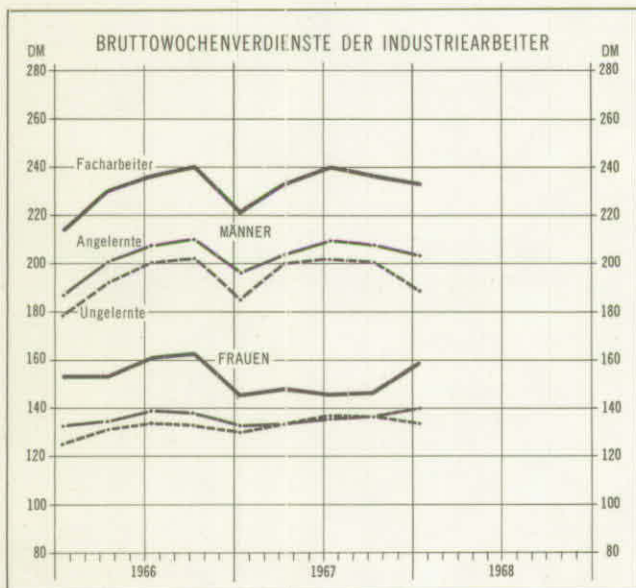
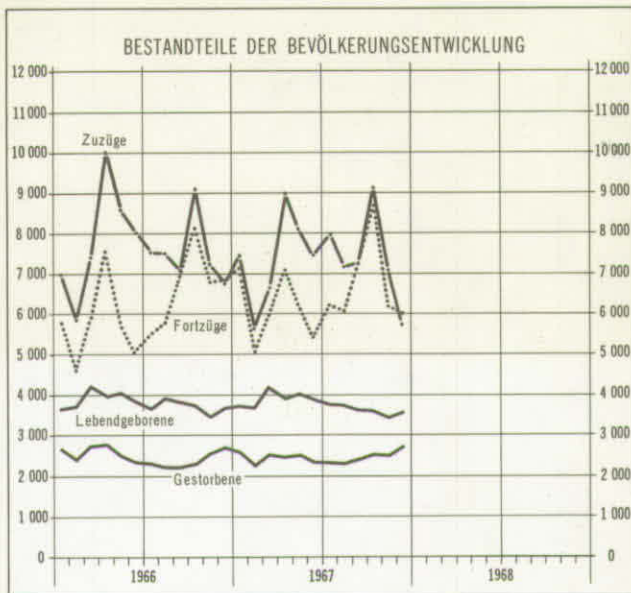
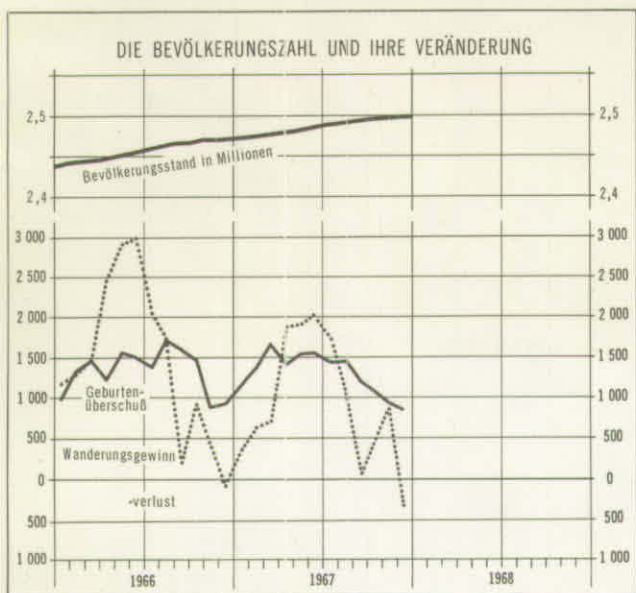
Arbeitnehmerfamilien, Verbrauch in — 4/91

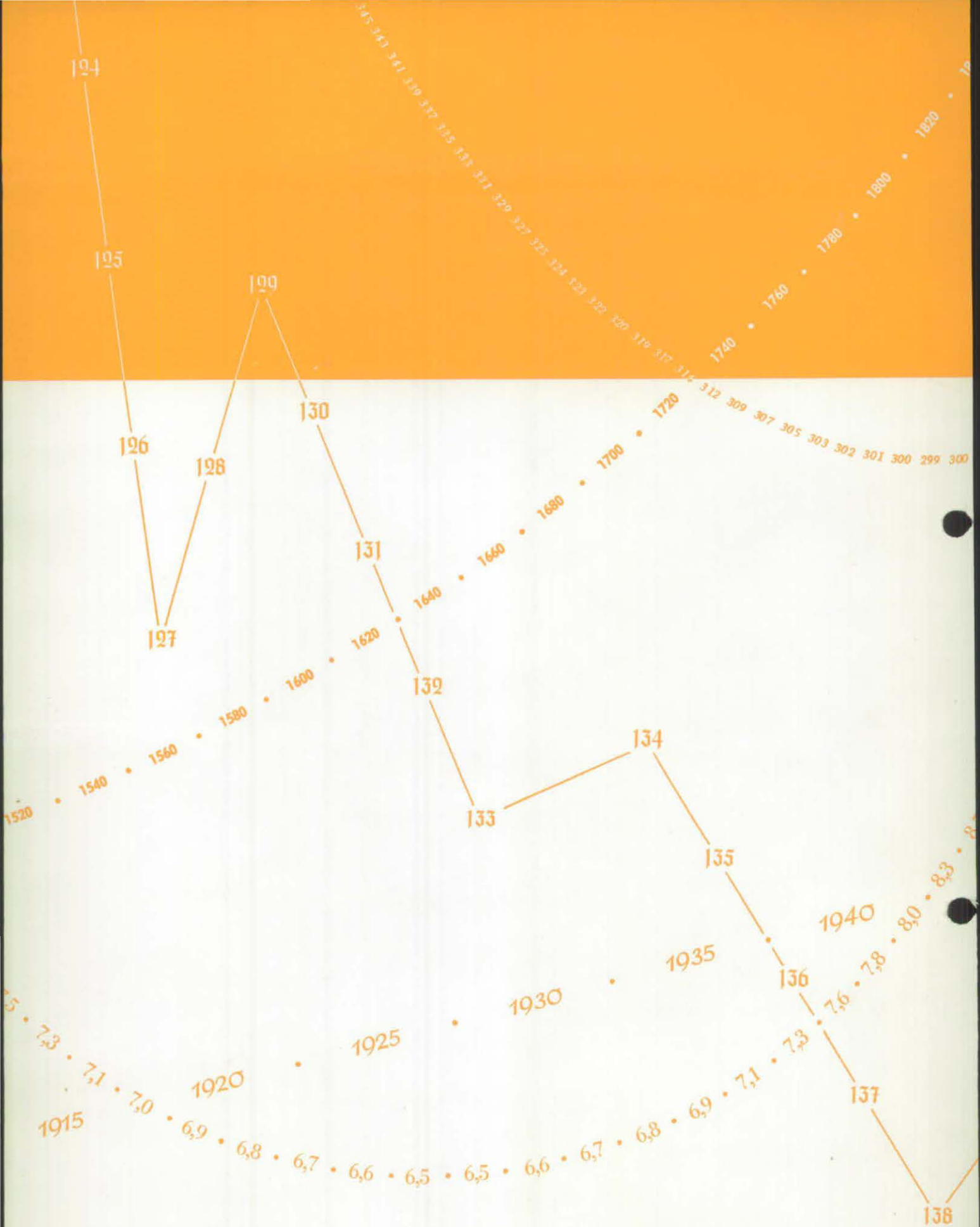
Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt 1966 2/27

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen